

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Beilage oder deren Raum 200 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 213.

Montag, den 12. September 1921.

28. Jahrgang.

Bayern gibt nach.

Rahr zurückgetreten.

Das Ergebnis der Ausschusssitzung des bayerischen Landtags.

München, 11. September.

Nachdem ein dreistündiger Ministerrat stattgefunden hatte, wurde um 11½ Uhr nachts die Sitzung des ständigen Ausschusses des bayerischen Landtages wieder aufgenommen. Das Ergebnis war, daß mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien bei Enthaltung der Sozialdemokratie ein Vorschlag angenommen wurde, der der Reichsregierung zugehen soll.

Dieser Vorschlag lautet:

Die bayerische Staatsregierung hat sich mit den Verhandlungen in Berlin befaßt. Sie ist dann in der Lage, den Vorschlägen beizutreten, wenn die Polizeihochzeit der Länder wieder hergestellt wird, und wenn die §§ 4 und 7 nachstehende Fassung erhalten:

§ 4. Zuständig für die Verbote nach den §§ 1 und 3 und für Beschlagnahmen nach § 3 sind die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Ausspruch eines Verbots oder einer Beschlagnahme ersuchen. Gesteht die Landeszentralbehörde dem Ersuchen nicht entgegen, so kann der Reichsminister des Innern den Reichsratsausschuß anrufen.

Im § 7 soll Absatz 1, Satz 2 folgendermaßen lauten: „Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen, welche sie, falls sie ihr nicht abhilft, unverzüglich dem obersten Gerichte des Landes zur Entscheidung vorlegt.“

Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wünsche der bayerischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten.

Die bayerische Staatsregierung soll über diese Mitteilung an die Reichsregierung am Sonntag früh in einem neuen Ministerrat beraten. Die nächste Sitzung des Landtagsausschusses wurde auf Sonntag vormittag 11 Uhr anberaumt, um die Erklärung der Regierung entgegenzunehmen.

Dieser Beschluß des Landtagsausschusses bedeutet im Wesen ein Nachgeben Bayerns; Bayern erklärt sich danach tatsächlich bereit, den Belagerungszustand aufzuheben. Der Beschluß bedeutet also ein Umrücken von dem unversöhnlichen und schroff ablehnenden Ministerpräsidenten Rahr. Daß daraus eine Ministerkrise entstehen mußte, war nach dem Vergangenen selbstverständlich. Diese ist, wie folgende Meldung zeigt, unterdes eingetreten.

München, 12. September.

Wie zu erwarten war, hat der Ministerpräsident v. Rahr die Konsequenzen aus dem gestrigen Beschluß des ständigen Landtagsausschusses gezogen. In dem am Nachmittag stattgefundenen Ministerrat erklärte Dr. v. Rahr seinen Rücktritt, ebenso der Justizminister Dr. Roth, der bekanntlich der Vertrauensmann der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei) des Ministeriums Rahr war. Es wird angenommen, daß in der Regierung des neu zu wählenden Ministerpräsidenten die bayerische Mittelpartei nicht mehr vertreten sein wird.

München, 12. Septbr.

Die Kunde von dem Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten wird amtlich in folgender Form mitgeteilt:

Nach dem Beschluß des ständigen Landtagsausschusses von Sonnabendmorgen sollte sich die bayerische Regierung gegenüber der Reichsregierung bereit erklären, die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten, nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten über Zeitungsverbote entsprechend dem Beschluß des Landtagsausschusses abgeändert werden sollte. Die bayerische Regierung hat heute, Sonntag, beim ständigen Landtagsausschuß den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern dann näherzutreten werden soll, wenn es die Verhältnisse gestatten. Dieser Zusatz ist heute vom ständigen Landtagsausschuß durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt worden. Ministerpräsident v. Rahr und Justizminister Dr. Roth sind daher zurückgetreten. Der Ministerrat wird heute vormittag zusammengetreten.

München, 12. Septbr.
Der Landtagsbeschluß mit den Ausgleichsvorschlägen wird noch heute an die Reichsregierung telegraphisch übermittelt. Man nimmt in bayerischen parlamentarischen Kreisen an, daß eine Kabinettsitzung der Reichsregierung zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen wird, und daß in der morgigen Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages darüber die Entscheidung fällt. In Kreisen der Koalitionsparteien hofft man, daß die Reichsregierung den bayerischen Ausgleichsvorschlag im Interesse der Verständigung und der Versöhnung annehmen werde. Bis Mittwoch, an welchem Tage der Landtag wieder zusammentritt, hofft man die notwendige Klärung herbeigeführt zu haben.

München, 12. Septbr.

In politischen Kreisen hat der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Rahr nicht mehr überrascht, da man nach dem Ergebnis der gestrigen Landtagsabstimmung im Zusammenhang mit dem Vorangegangenen bereits mit dem Rücktritt v. Rahrs gerechnet hatte. v. Rahr hat auch der gestrigen Sitzung des Ausschusses nicht mehr beigewohnt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß mit Ausnahme v. Rahrs und Dr. Roth sämtliche anderen Minister bleiben werden. Die Koalition dürfte also voraussichtlich künftig aus der bayerischen Volkspartei, aus den Demokraten und aus dem bayerischen Bauernbund bestehen, also eine recht kleine Plattform haben.

Zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten und zur Entgegennahme des Rücktritts v. Rahr wird alsbald das Plenum des Landtages einberufen werden. Als Kandidat für die Nachfolgerschaft des Ministerpräsidenten v. Rahr dürfte voraussichtlich wohl nur der Abgeordnete der bayerischen Volkspartei, v. Knilling, in Betracht kommen, der bis zum November 1914 der bayerischen Regierung als Kultusminister angehörte. Die Nachricht vom Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Rahr wurde von zwei Tageszeitungen in den ersten Abendstunden durch Extrablatt in den Straßen der Stadt verbreitet und von der Bevölkerung mit lebhaftem Interesse entgegengenommen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Thüringen.

Weimar, 12. September.

In Thüringen haben am gestrigen Sonntag die Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Die Wahlbeteiligung war nicht sehr stark. Soweit bis zur späten Nachmittagsstunde Ergebnisse vorliegen, haben die Deutschnationalen erhebliche Stimmen verloren. Die Deutsche Volkspartei kehrt in alter Stärke in den Landtag zurück. Die Sozialdemokraten haben an Stimmen und Mandaten erheblich zugenommen. — Wir werden auf die Wahl und ihre Vorgeschichte noch kurz zurückkommen.

Polen übernimmt den diplomatischen Konsularischen Schutz Danziger Bürger.

Berlin, 11. September.

Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt amtlich mit: Auf Grund des zwischen der Republik Polen und der freien Stadt Danzig geschlossenen Vertrages vom 9. November 1920 übernehmen die Gesandtschaften und die Konsulate der polnischen Republik den diplomatischen konsularischen Schutz der im Ausland weilenden Angehörigen der freien Stadt Danzig in demselben Maße, wie dies für polnische Staatsangehörige geschieht. Auf Grund dieses Vertrages hat seitens der polnischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Auslande ein Anrecht auf Schutz jede Person, welche am 10. Januar 1920 die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, an diesem Tage zu der auf dem Gebiete der freien Stadt Danzig anässigen Bevölkerung gehörte und bis jetzt von ihrem Optionsrecht zugunsten des Deutschen Reiches keinen Gebrauch gemacht hat. Ein Anrecht auf Schutz seitens der polnischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen haben ferner diejenigen Personen, welche die Staatsangehörigkeit der freien Stadt Danzig erwerben werden auf Grund der Danziger Verordnung betreffend Staatsangehörigkeit, die im Einklange mit der Regierung der polnischen Republik demnächst veröffentlicht werden soll. (Art. 34 des polnisch-Danziger Vertrages vom 9. 11. 1920)

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 12. September.

Der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband veröffentlicht in einer hiesigen Zeitung ein behauptetes und wehmütiges Eingefandte, in dem er die Arbeitgeber um mehr Einsicht gegenüber der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitnehmer anbittelt.

Wörtlich sind darin folgende Sätze zu lesen: „Am meisten aber drückt diese Auswirkung die Arbeitnehmerkreise, die Kopf- und Handarbeiter. Schwerwiegender wird aber der Kopfarbeiter getroffen, da er ja fälschlicherweise ein minderes Einkommen als der Handarbeiter bezog. Woher aber sollen nun die Mittel genommen werden, um Kleider, Schuhe, Lebensmittel usw. zu kaufen, wenn die Einnahmen nicht einmal für die täglich notwendige Nahrung ausreicht? Mit Bedauern muß festgestellt werden, daß eine gewisse Presse ständig bemüht ist, ins Land hinauszurufen, daß die Notwendigkeit der Einkommenserhöhung eigentlich gar nicht gegeben sei.“

Spät dämmert's, doch es dämmert. Die „deutschnationalen Handlungsgehilfen“ kämen dem Kern und der Ursache ihres Glucks noch viel näher, wenn sie einer gewissen Presse gewisse Parteien an die Seite stellen würden, die allesamt in holder Eintracht das Lied von der unnötigen Lohnerhöhung singen; und wenn sie sich überlegten, daß sie selbst die Untertöne zu diesem Lied mitsummen, das so mißtönend ihr Ohr beleidigt.

Wer klug ist, der lernt aus der Geschichte; der eine schnell, der andere langsam. Die heutigen Kinderkrankheiten der Angestelltenbewegung haben die Arbeiter vor halb 50 Jahren durchgemacht; als sie den Bruderkampf begraben hatten, und als sie den Traum von einer möglichen Einsicht der Arbeitgeber endgültig ausgeträumt hatten, da fing ihr Machteinfluß zu wachsen an, langsam und sicher. Auch sie haben schweres Lehrgeld bezahlen müssen; der nagende Hunger aber trieb sie schließlich auf die Bahn, der sie die Erfolge verdanken: Macht gegen Macht.

Wenn viele Handlungsgehilfen die Almosenbettelei vorziehen, so ist das ihre Sache. Wenn sie sich und ihre Familien erst jahrelang am Hungertuche nagen lassen wollen, bevor sie zu der jetzt schon reichlich späten Erkenntnis kommen, daß nur Einigkeit und Entschlossenheit zum Kampf Besserung bringen kann, so geht das uns nichts an. Aber sie mögen dann bitte auch nicht auf die Arbeiter schimpfen, wenn diese manchmal mehr Erfolge haben als die uneinigen und niemals zielbewußten Angestellten.

Die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Handlungsgehilfen mögen auch ein anderes nicht vergessen. Sie haben als solche das Recht, sich „national“ zu nennen, sie haben das Recht, sich schwarz-weiß-rote Schleifen und ähnliche Abzeichen an den Rock zu hängen; sie können ferner mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß „gewisse“ Parteien ihre gut völkische und patriotische Gesinnung durch wohlwollendes Schulterklopfen oder gar durch einen „kameradschaftlichen“ Händedruck anerkennen (solange nämlich nicht von Gehaltsaufbesserung die Rede ist).

Uns scheint, daß die deutschnationalen Handlungsgehilfen all diese Wohltaten, auf die sie ja so großen Wert legen, nicht genügend in Rechnung stellen. Sonst müßten sie doch viel zufriedener mit ihrem Los sein. Oder sollten sie allmählich auch hinter die Weisheit kommen, daß man mit all diesen Wägchen sich und seine Kinder nicht sättigt? Wie groß muß ihr Schaden noch werden, bis auch ihnen die Klugheit kommt.

In einer anderen Lübecker Zeitung begeißert ein gewisser Dr. Georg Zink die republikanische Flagge und die „rote Rotte“. Dieser Herr ist Vorsitzender des „unparteiischen“ Stahlhelms und nebenbei Lübecker Staatsarchivar. Er hat der Republik den Treueid geleistet; wahrscheinlich mit der linken Hand, und die rechte weiß nichts davon. Und er ißt das Brot der roten Rotte, ohne daß es ihm bisher im Halse stecken geblieben ist. Vielleicht wird die rote Rotte in Zukunft ihre Beamten etwas näher ansehen.

Wir sind der Meinung, daß ein Mann, der öffentlich so den jetzigen Staat und damit seinen Eid beledert, im Staatsdienst, wo man nur Ehrenmänner brauchen kann, nichts mehr zu suchen hat. Er möge dann des Brotes essen, des Brotes er frisst. Vielleicht stülpt er über seinen Magen einen Stahlhelm, womit er seine soziale Frage in außerordentlich patriotischer Weise endgültig geregelt hätte.

Gestern hatten wir Gelegenheit, ein sehr interessantes Gespräch anzuhören. Einem Hauptmann der Reichswehr, stolz die Hohheitsabzeichen der Republik schwingend, und zwei dazugehörigen Damen drehte sich das Herz im Leibe um, als sie von dem Theater die schwarz-rot-goldene Fahne wehen sahen. In wildem Geschimpfe verlästerte das vornehme Trio den widerwärtigen republikanischen Judenlappen, der zum Entsetzen aller Aufrechten nicht nur vom Theater, sondern auch vom Rathaus wehte.

Die Ausdrücke, die dabei fielen, können wir nicht wiedergeben; außerhalb von Offizierskasinos sind sie unstatthaft. Nur die Frage möchten wir dem hohen Herrn vorlegen, ob er die republikanischen Lappen, die am Monatsanfang ihm feierlich übergeben werden, auch so widerwärtig findet?

Von Gotha bis Jena.

Die Tagung der deutschen Metallarbeiter.

Heute ist in Jena die 15. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammengetreten. Zum ersten Male in der Gewerkschaftsbewegung ist die Verbandsgeneralversammlung der größten Organisation aus drei politischen Fraktionen zusammengesetzt. Fraktionsführungen, Fraktionsbeschlüsse, Fraktionszettel und Fraktionsvorstände werden dem Verlauf der Tagung das Gepräge geben. Es ist deshalb angebracht, auf die Ursachen und den Zweck der einzelnen Fraktionsbildungen einmal näher einzugehen.

Da müssen wir mit Gotha anfangen. Dort fand Ostern 1917 der Gründungsparitätstag der U.S.P. statt. Mit der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei begann der Kampf des abgesplitterten Teiles, um den Metallarbeiterverband dem Einfluß und der Führung der neuen Partei gefügig zu machen. Damit war der Parteihader in den Metallarbeiterverband hineingeworfen. Er wurde sorgsam gepflegt und gewissenhaft gezüchtet. So mancher Paulus wird heute noch bis hinter die Ohren erröten, wenn er an seine Glanzleistungen aus jener Periode zurückdenken sollte. Auf Gotha folgte Köln. Auf der Generalversammlung in Köln im Juli 1917 war es, wo zum erstenmal eine politische Fraktion im Plenum der Generalversammlung selbständig in Erscheinung trat. Die nächste Generalversammlung fand im Oktober 1919, ein Jahr nach der Novemberumwälzung, in Stuttgart statt. Zwischen November 1918 und Oktober 1919 beherrschte „das reine, unverfälschte revolutionäre Rätegesetz“ die Tagesordnung. Mit dieser Parole verstand ein Heer von oberflächlichen Schwärmern die Massen nicht ohne Erfolg zu bezirren. So war es kein Wunder, daß die Generalversammlung in Stuttgart der U.S.P.-Fraktion zu einem billigen Triumph verhalf. 190 U.S.P.-Delegierte standen damals 130 S.P.D.-Delegierte gegenüber. Gleich vor Eintritt in die Tagesordnung, bei der Wahl der Mandatsprüfungskommission, enthüllte die U.S.P.-Fraktion ihr wahres Gesicht. Sie dekretierte einfach das Verhältnis von 6 : 3, frisch Vogel oder hier! Der politische Macht Hunger brach sich hemmungslos Bahn. Eine Resolution wurde angenommen, die das Rätegesetz „veranfertete“, um „das Proletariat zum schnellen und sicheren Sieg, mündend in der siegreichen Weltrevolution des Proletariats“, zu führen. Auf einer neuen „Kampf- und Organisationsbasis“ wurde die Umstellung der gewerkschaftlichen Organisation zum gewaltigen Industrieverband verlangt, der dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Rätegesetzes werden sollte. Der neue Vorstand sollte sofort die erforderlichen Vorbereitungen zur Schaffung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie umfassenden Industrieverbandes treffen. Die „Metallarbeiterzeitung“ bekam eine neue Redaktion. Ernst Däumig eröffnete den Reigen der neuen literarischen Berater der Metallarbeiter.

Die U.S.P.-Fraktion war am Ziel ihrer Wünsche angelangt, doch nun, wo es an die Arbeit gehen sollte, waren die Tage ihrer Herrlichkeit gezählt. Ein Teil der neuen an die Spitze gestellten Männer war ehelich genug, durch solche Arbeit stillschweigend ihre alten Tiraden zu ignorieren. Sie arbeiteten schlecht und recht im Dienste der Organisation, genau so wie — all die Gewerkschafts-„bureaucraten“. In dessen griff der Spaltbazillus weiter um sich. Die Kommunisten steuerten auf Befehl Moskauer auf die direkte Spaltung der Gewerkschaften zu. Sie erhielten wertvolle Verstärkung durch frühere Vorkämpfer der alten U.S.P.-Fraktion. Ihr Ziel ist die bedingungslose Unterordnung der Gewerkschaften unter ihre Partei. Mit einer Frechheit ohnegleichen, die aber wenigstens den Vorzug der Offenheit hat, erklärte Moskau der Gewerkschaftsinternationale den Krieg.

Im Kampf gegen Moskau mußte eine natürliche Annäherung der früher sich feindlich gegenüberstehenden S.P.D.- und U.S.P.-Metallarbeiter erfolgen. Bei den Delegiertenwahlen für Jena kämpften zum Teil S.P.D.- und U.S.P.-Metallarbeiter gemeinsam unter der einigenden Parole „Amsterdam“ Schulter an Schulter gegen Moskau.

Der Weg von Gotha über Köln und Stuttgart nach Jena bedeutet den Zusammenbruch der Phrasologie der unabhängigen Gewerkschaftler.

Den 412 S.P.D.-Delegierten stehen in Jena 256 Vertreter der U.S.P. gegenüber. Unsere Genossen verfügen also über die absolute Majorität. Es wäre aber grundverfehlt, wollen sie die Fehler der Unabhängigen von Stuttgart nachahmen. Die Zeit ist nicht dazu angetan, alte Wunden aufzureißen. Die Arbeiterklasse verlangt nach Bestätigung und Entfernung allen Parteistreites aus den Gewerkschaften. Aber aus dem Verhältnis von 5 : 8 müssen notwendigerweise Konsequenzen gezogen werden. Wenn das in verständiger Weise geschieht, wenn in Jena alte Strümpfer eingewaschen werden, dann wird die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht nur für den Verband selbst eine Periode des Aufstiegs einleiten, dann werden seine Verhandlungen auch befruchtend und klärend zugleich auf die ganze deutsche Arbeiterbewegung wirken.

Allgemeiner Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich.

Pille, 11. September.

Die Besprechungen zwischen den Parteien im Streik in der Textilindustrie in Nordfrankreich haben zu keinem Erfolg geführt. Vom Aktionsausschuß wurde ein Manifest aufgestellt, worin die Arbeiter für Romlog zu einem allgemeinen Streik aufgefordert werden. Vor allem werden die Eisenbahner aufgefordert, keine Truppen zu transportieren.

Schweres Eisenbahnunglück bei Lyon.

Lyon, 12. September.

Der Schnellzug Straßburg-Lyon ist einige Kilometer von Lyon entgleist. Es werden 30 Tote und über 60 Verwundete, darunter mehrere Schwerverletzte festgestellt.

Die Lösung der Streitfragen im Stillen Ozean.

Zu den hinverbrannten Phantasien unserer Militaristen gehört auch der Glaube an einen nahe bevorstehenden Krieg zwischen Japan und Amerika. Leute, die nur im beschränkten Horizont eines Kasernenhofes denken können und für die es keine andere Lösung internationaler Streitfragen gibt als die durch „Blut und Eisen“, sind einfach unfähig, zu begreifen, daß diese Bismarck-Ludendorff-Methode bei dem heutigen Stande der Weltwirtschaft immer mehr ins Hintertreffen gerät. In einer unlängst erschienenen Broschüre des Neuen Stuttgarter Verlags: „Der unvermeidliche Krieg zwischen Japan und Amerika“ waren von diesem alldeutschen Standpunkt aus schon allerlei Kombinationen daran geknüpft, daß im Stillen Ozean sich ein politischer Wettersturz vorbereite, der den Anbruch einer „besseren Zeit“ für Deutschland bedeuten würde, nämlich insofern, als dann England an die Seite Amerikas, Frankreich an die Japans treten würde, und Deutschland wieder zu neuer, natürlich militärischer Macht aufrücken könne. Abgesehen davon, daß solche Hingespinnste nur die Fortsetzung jener schändlichen Politik bilden, die so viel dazu beigetragen hat, Deutschland in den Weltkrieg hineinzutreiben zu lassen, nehmen auch die Vorgänge, auf die sich die von unbeschreiblichen alldeutschen Kriegspropheten gesetzten Erwartungen stützen, tatsächlich einen ganz anderen Verlauf.

So haben Japan und Amerika jetzt ihren Streit um die im Stillen Ozean gelegenen Inseln durch einen Vertrag beigelegt, der die Zurückziehung der japanischen Inselbesetzungen, die durch eine Zivilverwaltung ersetzt werden sollen, vorsteht. In der Reihenfolge Jap, Saipan, Salmit und Ponape sollte geräumt werden, nur auf Yap sollten einige Offiziere und Soldaten verbleiben. Diese Räumung ist mittlerweile vor sich gegangen.

Somit ist vor Zusammentritt der Washingtoner Konferenz eine wichtige und gefährliche Frage gelöst worden, wenn auch unter weitgehender Nachgiebigkeit auf japanischer Seite. Diese Lösung ist, wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ sagt, ein Schulbeispiel, wie die Lösung der großen Fragen überhaupt vor sich gehen wird. Diese werden in Einzelverhandlungen zwischen den meist interessierten Staaten nach Möglichkeit vor Zusammentritt der Konferenz erledigt werden, während auf der Konferenz selbst die Ergebnisse dieser Vorverhandlungen nur mitgeteilt werden dürften.

Unentschieden sind noch die großen Probleme: O s t a s i e n und S c h a n t u n g. Das ostasiatische Problem scheint einer Lösung entgegenzugehen, nachdem die Verhandlungen zwischen Japan und der Republik in Tschita ausichtsreich verlaufen. Weniger optimistisch muß man den Ausgang der Schantungfrage ansehen, wo es sich um eine Einigung zwischen China und Japan handelt. Japan ist zweifellos bestrebt, zu einer glücklichen, beide Teile befriedigenden Lösung zu kommen. Wenn China diesem Vorhaben auf halbem Wege nur entgegenkommt, ist auch hier ein guter Ausgang möglich. Beide Staaten werden sich mehr und mehr dessen bewußt, daß nur ein gemeinsames Handeln in allen ostasiatischen Fragen ihren beiderseitigen Interessen gegen die Absichten der großen Weststaaten und Amerikas dienen kann.

Riesenüberschwemmung in Texas.

Antonio (Texas), 12. September.

Infolge starker Regenfälle wurde in letzter Nacht das Geschäftsviertel überschwemmt. Mehrere Straßen wurden 15 Fuß hoch überflutet. Man schätzt die Zahl der Toten auf 500, von denen bisher nur 22 geborgen wurden. 2000 Menschen sind obdachlos. Die Fluten sind erst teilweise zurückgegangen.

Steuerpolitik und Beamtenschaft.

Zwischen allen Parteien dürfte heute Einverständnis darüber herrschen, daß die bessere und jedenfalls ausreichende Besoldung der Beamten lediglich eine Finanzfrage ist und keineswegs von einer Antipathie gegen oder Sympathie für die Beamten abhängt. Denn unmöglich kann jemand bestritten, daß das glückliche Gedeihen des Staates und die Zufriedenheit der Staatsangehörigen mit seinen Einrichtungen in erster Linie auf der hohen Qualität und sicheren Lebensstellung der Beamten beruht. Das Bestreben jeder Partei muß es sein, nach dieser Richtung zu leisten, was nur irgend denkbar ist. Inwieweit dies möglich ist, hängt, wie gesagt, selbstverständlich ausschließlich von der günstigen Finanzlage des Staates ab. Jedenfalls war dies stets die Anschauung der sozialdemokratischen Partei und sie hat hiernach stets ihre parlamentarische Taktik eingerichtet.

Die Finanzkraft des Staates ist abhängig von der erspähenden Lösung der Steuerfrage, das heißt, der Erfassung der richtigen und ergiebigen Steuerquellen, sowie der rücksichtslosen Eintreibung der festgesetzten Steuern. In dem gleichen Maße, in dem die Einnahmen des Staates wachsen, vergrößert sich seine Fähigkeit, seinen Beamten ausreichende Besoldung zu gewähren. Daraus ergibt sich die große Wichtigkeit der Steuerpolitik für die Beamtenschaft. Weiterhin ist sie für die Beamtenschaft aber auch unter folgendem Gesichtspunkt von allergrößter Bedeutung, und zwar gemeinsam mit den Arbeitern und Angeestellten.

Es ist unzweifelhaft, daß alles das, was bei Beamten und Angestellten in der Regel steuerbar ist — Einkommen und Konsum — auch reiflos zur Besteuerung herangezogen wird. Wie man ruhig unterstellen kann, nicht etwa weil diese Kategorie bessere und edlere Steuerzahler sind als alle anderen, sondern weil für sie keine andere Möglichkeit besteht. Es gibt für sie einfach kein Entrinnen von der Steuer. Besteres kommt nur für diejenigen in Frage, deren Einkommen nicht durch feste Bezüge leicht feststellbar ist oder die über Besitzum verfügen, das in irgendeiner Form der Besteuerung unterliegt. Daß hier die technische Möglichkeit einer weitgehenden Steuerhinterziehung besteht, ist bekannt. Nicht weniger ist es offensichtlich, daß von dieser Möglichkeit in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht wird, und zwar um so mehr, je mehr die Steuergründe angezogen wird.

Würden die Einkommens- und Vermögenssteuern wie sie in Kraft sind oder jetzt in den Anträgen der Reichsregierung vorliegen, reiflos eingehoben, so würde nach Schätzung Sachverständiger der Reichshaushalt einigermaßen balanzieren können. Alsdann würde voraussichtlich auch die Möglichkeit bestehen, den Beamten das zu ihrer Lebenshaltung Erforderliche zu gewähren. Wer also das Wohl der Beamten will, muß auch die schärfste Erfassung der großen Einkommen und des Besitzes wollen. Und er muß die technische Fassung der Steuererlasse so wünschbar, daß sie möglichst lückenlos und geschlossen sind. Um so weniger findet die schlechte Steuer-moral Lücken, durch die den Steuerbrückerbergern die Gelegenheit zum Entschlüpfen gegeben ist. Nur diejenigen Parteien, die nach dieser Richtung in der Steuererfassung ihre Pflicht bis zum äußersten erfüllen, können den Vorzug der Beamtenfreundlichkeit für sich in Anspruch nehmen.

Prüft man aber hiernach das Benehmen der Rechtsparteien bei der Kritik des Steuererlasses und der Beratung in den Steueraussschüssen des Reiches und der Länder, so ergibt sich schlagend, wie wenig sie tatsächlich diesen Forderungen gerecht werden. Denn sie lehnen die Heranziehung des Besitzes, der einzigen ergiebigen und erträglichen Steuerquelle, deren Erschließung noch in Frage steht, zu einer umfassenden Besteuerung ab. So hat nach jüngst Hefferich einen erbitterten Kampf gegen diese Steuer angekündigt. Auch sonstige Vertreter der Rechtsparteien predigen an Stelle dieser Art der Besteuerung den weiteren Ausbau der indirekten Steuern, die von der Sozialdemokratie, getreu ihrer alten Auffassung, nach wie vor als unvermeidliche Uebel nur in den Kauf genommen worden sind, weil nur einmal die ungeheure Finanznot des Reiches den Verzicht auf sie nicht gestattete. Gänzlich undenkbar ist es aber, daß sie jemals — selbst wenn es steuertechnisch denkbar sein sollte — eine Erweiterung der indirekten Steuern zulassen würde, um dadurch die Erfassung des Besitzes überflüssig zu machen. An sich kann hiervon schon angesichts des Finanzbedarfes des Reiches überhaupt nicht die Rede sein. Die Sozialdemokratie würde schon aus Gründen der Steuererichtigkeit eine starke Besteuerung des Besitzes fordern müssen, ohne Rücksicht auf das Geschrei der Rechtsparteien, daß dadurch die Wirtschaftlichkeit der Privatunternehmungen untergraben würde. Es hat bisher wenige Steuern gegeben, bei denen nicht die betroffenen Kreise behauptet haben, ihrer Lebensfähigkeit beraubt zu werden, während die Erfahrungen dann stets gezeigt haben, wie wenig Grund zu derartigen Behauptungen war. Und so werden sich auch die an die Besitzsteuern geknüpften Behauptungen unzweifelhaft als unbegründet erweisen. Auf jeden Fall wird die sozialdemokratische Partei mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß im Wege einer derartigen Besteuerung das Reich seinen Anteil an dem ungeheuren Zuwachs der Sachwerte erhält.

Nachdem alle Sachwerte die Verwandlung des Goldmarkwertes in den Papiermarkwert mitgemacht und die Verdienster aller Kategorien sich dem angepaßt haben, sind es lediglich die Gehalts- und Lohnempfänger, denen es nicht möglich gewesen ist, diesen Ausgleich zu finden. Sie müssen es als ungeheure Ungerechtigkeit fühlen, wenn jener gewaltige Papierwertzuwachs unangetastet bleiben würde. Die effektive Einziehung der Sachwerte in Papiermark und die steuerliche Erfassung ihres dadurch festgestellten heutigen Wertes ist sonach einerseits eine unabwiesbare Forderung der sozialen Gerechtigkeit und andererseits möglicherweise ein Weg, um dem Reich die Mittel zu beschaffen, mit denen außer den Ententforderungen auch die Ansprüche der Beamten auf eine ausreichende Besoldung befriedigt werden könnten.

Solange die Rechtsparteien gegen diese Auffassung Sturm laufen, verdienen sie die Günst der Beamten nicht, und es ist unbegreiflich, daß noch viele Beamten glauben, dort die Vertretung ihrer Interessen gefunden zu haben. Die Steuerpolitik der Rechtsparteien ist mit ehrlicher Beamtenfreundschaft und tatkräftiger Beamtenfürsorge unvereinbar. Es ist zu hoffen, daß die Beamten sich auf die Dauer dieser Erkenntnis nicht verschließen, und sie werden es dann nicht mehr tun, sobald sie die zwingende Logik der vorstehend ertörten Tatsache erkannt haben.

Der mitteldeutsche Aufstand vor dem Untersuchungsausschuß.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages legte vorgestern, Freitag, die Vernehmung der Generalzeugen fort, und zwar erfolgte zunächst die des Oberpräsidialrats Brener aus Magdeburg.

Dieser bekundete, daß die Entwaffnung in bürgerlichen Kreisen fast reiflos durchgeführt worden sei. Nur auf dem Lande sei das nicht ganz möglich gewesen. Den Aufständischen seien zahlreiche Waffen der Einwohnerwehr in die Hände gefallen. Von einer von langer Hand vorbereiteten roten Armee zu sprechen, gehe zu weit. Auch bei und nach dem Rapp-Putsch habe man sich über ihr Vorhandensein kein festes Urteil bilden können.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Kaufhold (Dnat. Sp.) erwidert der Zeuge, Zahlen über die in den Händen von Arbeitern befindlichen Waffen könne er nicht angeben. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden Kuttner bekundete der Zeuge weiter, im Jahre 1920 sei eher eine disziplinierte rote Armee in die Erscheinung getreten als 1921. Er glaubt auch nicht, daß eine rote Armee sich der Aufmerksamkeit der Behörden lange Zeit entziehen könne.

Ueber die Gefahr eines Rechtsputsches befragt, bekundete der Zeuge, es sei ihm davon nichts bekannt. Organisationsfragen seien nur mit Billigung der Behörden als Selbstschutz bekannt geworden. Solche mit politischen Zwecken haben nicht bestanden.

Ueber die Beteiligung der kommunistischen Parteien und ihrer Presse kann der Zeuge nichts ausagen.

Die Vernehmung wendet sich der Behördenorganisationsfrage zu. Der Zeuge bekundete, die Meldestelle bestünde selbständig neben dem Oberpräsidium, aber werde allerdings von einem Mitglied des Oberpräsidiums, Oberregierungsrat Freytag, geleitet.

Berichterstatter Dr. v. Orlander: Viele Beamte des Oberpräsidiums haben mir erklärt, daß sie häufig über die von ihnen zu bearbeitenden Angelegenheiten nicht informiert wurden. Hat der Zeuge bei der Vernehmung des Oberpräsidiums mitgewirkt, wonach die Regierungspräsidenten nur an die Meldestelle, nicht aber direkt nach Berlin berichten sollen? Sie trägt die Unterschrift eines Leutnants der Meldestelle. Zeuge: Meines Wissens nicht. Ich habe oft das Gefühl gehabt, nicht informiert zu sein, aber ich kann nicht sagen, daß ich absichtlich übergangen worden sei. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bekundete

Zeuge, bei den Maßnahmen zur Verhütung des Aufstandes habe er nicht mitgewirkt. Er sei nicht Stellvertreter des Staatskommissars, der nur zufällig zugleich Oberpräsident war. Es wäre für die Zeugen natürlich erwünscht gewesen, bei ordnungsmäßigem Gang der Geschäfte hinzugezogen zu werden. Das Oberpräsidium Magdeburg sei zu fraglicher Zeit außerordentlich stark überlastet gewesen.

Hinsichtlich der Bewährung der Landräte und Amtsvorsteher

erklärt Zeuge auf Befragen, dem Oberpräsidium habe nur die Bestätigung der Amtsvorsteher obgelegen. Während seines Referats, das er neun Monate in Vertretung geführt habe, sei in 18 Fällen die Bestätigung versagt worden. Im allgemeinen habe er sich um die politischen Ansichten der vorgeschlagenen Amtsvorsteher nicht gekümmert, indessen ausgesprochene Anhänger der damals noch vereinigten Unabhängigen Partei nicht bestätigt, weil er sie nicht für zuverlässige Vertreter der Bevölkerung angesehen habe, sie hätten nicht die Gewähr geboten für unbedingtes Eintreten für Staat und Autorität.

Es wird sodann die Polizeiaktion, speziell die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Oberpräsidenten und dem Zeugen über die Polizeiaktion gestreift. Zur Frage der Organisation der Schupo äußert er: die aus Berlin gekommene Polizei haben einen besser disziplinierten Eindruck gemacht als die hiesige. Das Eingreifen der Reichswehr habe er für notwendig gehalten, solange die Polizei noch nicht stark genug war. Der Oberpräsident und der Regierungspräsident waren anderer Meinung. Damit ist die Vernehmung des Zeugen beendet und der Ausschuss unterbricht die Sitzung auf eine Stunde.

Gegen 2 Uhr eröffnet der Vorsitzende Kuttner die Sitzung wieder. Als Zeuge wird Ministerialdirektor Abegg vernommen. Der Zeuge kann über das Vorhandensein einer roten Armee nicht viel mitteilen, da die Nachrichten Sammlung Aufgabe des

Staatskommissariats für öffentliche Ordnung ist. Die Lageberichte der Meldestellen sind ihm aber vorgelegt worden, allerdings erst seit 1. Februar 1921. Die Trennung der Zuständigkeit des Ministeriums sei großen Bedenken bei dem Zeugen begegnet. Minister Severing habe daher schon längst die Verschmelzung des Staatskommissariats und der Polizeiverwaltung vorgeschlagen, und zwar für Ende 1920. Die Meldestellen unterstehen dem Staatskommissar unmittelbar. Jede Exekutivkraft ist dem Staatskommissariat entzogen, es ist nur Meldestellenstelle.

Der Zeuge gibt dann eine ausführliche Darstellung der Befugnisse der

Zivilkommissare bei der Schupo.

In Berlin haben sie sich gut bewährt. Dagegen habe das Auftreten des Beigeordneten Kunzemann, der in Magdeburg tätig gewesen ist, nicht das gewünschte Ergebnis gehabt. Eine Handhabe zum Einschreiten gegen ihn sei aber nicht gegeben gewesen. Ueber die Tätigkeit Kunzemanns während der Unruhen händeln sich die Zeugenaussagen stark widersprechend gegenüber. Er soll sich zu sehr in die persönlichen Verhältnisse der Beamten der Schupo eingemischt haben. Verlesene Richtlinien des Generals von St. Ange sind dem Zeugen nicht bekannt, sie würden gegen die Anordnungen des Ministeriums verstoßen haben. Dem Beigeordneten Kunzemann sei allerdings kein Vorwurf daraus zu machen, daß er sich an die Richtlinien seines direkten Vorgesetzten, des Generals von St. Ange, gehalten hat. — Vorsitzender Kuttner stellt fest, daß von anderer Seite die Tätigkeit Kunzemanns sehr gelobt worden sei.

Ueber die Polizeiaktion selbst äußert sich Ministerialdirektor Abegg: Zunächst glaubte man nicht, daß geradezu ein Aufstand in Sachsen drohte, wenn auch die Gefahr des öfteren hingewiesen wurde. Ein starkes Polizeiaufgebot verbot sich aus außen- und innenpolitischen Gründen. Es wurde eine Verschiebung der Polizeitruppen vorgenommen. Die Aktion ist vom Ministerium zentral geleitet worden mit Hilfe einer gleich bei Beginn des Aufstandes eingesetzten besonderen polizeilichen Leitung. — Abg. Dr. Liebknecht macht auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß die Aktion in Esleben unternommen wurde, während der Herd der Unruhen in Lerna lag, und andererseits Feldbeschleife im März nicht gerade eine große Rolle zu spielen pflegen. — Berichterstatter Dr. v. Dryander schließt sich der Ansicht Dr. Liebknechts an. (Seitertzeit.)

Zur Frage der Beziehung von Reichswehr befundet der Zeuge, daß

alle beamteten Stellen, auch die Polizeioffiziere, dagegen

waren. — Dr. v. Dryander: Hat die Reichsregierung die Verwendung von Reichswehr vorgeschlagen? — Zeuge: Ich habe an den Sitzungen des Reichskabinetts teilgenommen. Man war sich darüber einig, daß die Reichswehr nur als Reserve heranzuziehen sollte. Daß der Reichswehr verboten worden sei, Hilferufen Folge zu leisten, glaubt der Zeuge nicht. Es wird beschlossen, den Erlaß in der nächsten Sitzung zu ermitteln.

Sie reiben sich die Hände.

Mit hochtönenden Worten wiesen die Vertreter der Großbanken das Zornwort von sich, daß sie die Verschlechterung der deutschen Mark durch Spekulationen begünstigten. Schweizer Kaufleute haben ihnen darauf eine Antwort gegeben, wie sie sich gehört. Inzwischen sank im freien Verkehr die Mark auf vier Pfennige, der Dollar stieg bis auf 102 Mk. an der Berliner Donners-tagbörse. Da zeigte sich, daß das Ausland der deutschen Mark mehr Vertrauen schenkte als das Inland, die Kursbewegung schwankte um, und der Dollar wurde Freitag wieder mit „nur“ 97 Mk. amtlich notiert, nachdem er noch vor wenigen Monaten auf 62 stand. Ein amerikanisches Wärfentelegramm bestätigte, daß die Markverschlechterung von Berlin aus ihren Ausgang nahm. Kein Wort der Mißbilligung, kein Vorschlag zu energischer Abhilfe ist aus dem Munde der hochwohlwollenden Beherrscher des Geldmarktes zu vernehmen. Die Valuta geht vor die Hunde, „weil sich die Mark entwertet“ — also die Armut kommt von der Povertheit, oder: die Regierung, die die Reparationen angenommen hat, ist schuld. Das ist der Weisheit letzter Schluß, den diese Herren zu ziehen wissen.

Es entwickelt sich allmählich zum öffentlichen Skandal, in welcher Weise von Deutschen mit der Valuta Schindluder getrieben wird. Wir haben schon kürzlich festgestellt, daß die Banken schon deswegen die Mitverantwortung trifft, weil sie bisher alle nach Gemeinwirtschaftlichenden Vorschläge zur Stabilisierung der Währung planmäßig bekämpften, wobei der neulich so entrüstete Herr Nieber als Ruder des „Hansabundes“ sich besonders hervor-tut. Mit Recht schreibt das „Berliner Tageblatt“, angeleitet von dem Treiben der Spekulation:

„Es ist klar, daß dieses Verhalten der hiesigen Spekulation im Ausland großes Entsetzen hervorzurufen und dazu führen muß, daß das Ausland den letzten Rest von Vertrauen, den es noch zu unserer Valuta hat, verliert. Wir haben auf die ungeliebten Verhältnisse, die am hiesigen Devisenmarkt bestehen, schon oft aufmerksam gemacht, und sie sind in der Öffentlichkeit auch zur Genüge bekannt. Man muß annehmen, daß die Stellen, die mit der Aufsicht über die Börse betraut sind, ebenfalls diese Kenntnis besitzen, und sich daher um so mehr wundern, daß zur Eindämmung der maßlosen Devisenspekulationen und Devisenhandlerei nicht das Nötigste geschieht.“

Die Banken, die ebenso an den steigenden Kursen für fremde Wechsel, wie für die in die Höhe schwellenden Aktien verdienen, haben allerdings an einer Abhilfe wenig Interesse. Sie reiben sich die Hände, während die Goldmarktschuld des Reiches von Tag zu Tag anwächst, während die Lebensmittelpreise steigen und das allgemeine Elend seine Schatten vorauswirft. Schuld hat bloß das Publikum, deren gewinnende Diener sie sind.

Zur Erfassung der Goldwerte.

Wie die W.M. hören, wird die Frage der steuerlichen Erfassung der Sachwerte in vertraulichen Beratungen der Ressorts weiter geprüft. Das Reichskabinett als solches hat sich noch nicht erneut mit dieser Seite der Steuerfrage befaßt und noch keinerlei Entscheidungen getroffen.

Eine Beratung der Steuervorlagen, insbesondere der anderen Besitzsteuern, dürfte nicht möglich sein, ehe nicht die grundsätzliche Frage der Erfassung der Goldwerte entschieden ist. In diesem Sinne hat sich bereits nach einem Referat des sozialdemokratischen Parteivor-sitzenden Otto Wels der Parteitag für Brandenburg ausgesprochen, und man kann mit Bestimmtheit annehmen, daß der sozialdemokratische Parteitag in Götting sich fest um den gleichen Standpunkt stellen wird. Im Gegensatz zu der Behauptung bürgerlicher Blätter, wonach die Sozialdemokratie neben den bisherigen Besitzsteuern die Erfassung der Goldwerte fordere, müssen wir feststellen, daß ein Urteil, ob eine weitere Besteuerung des Besitzes notwendig und möglich ist, natürlich erst gefällt werden kann, wenn die Absichten der Regierung und die Haltung der Parteien dazu eindeutig feststehen. Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, daß eine Vorlage über die Erfassung der Goldwerte sofort eingebracht wird, wenn man die zu erwartenden erbitterten Kämpfe zwischen Kapitalismus und Arbeiterchaft, die auch die Koalition leicht in Mitleidenschaft ziehen können, von ihr fernhalten will.

Spekulation und Valutasturz.

Zu den wilden Devisenspekulationen der letzten Tage, durch die der Stand der deutschen Mark so weit herabgedrückt wurde, daß an der Berliner Börse vor ihrer Schließung vergangene Woche für 1 Dollar 101 Mark notiert wurde, stellt Georg Bernhardt in der „Kosf. Ztg.“ ernste Betrachtungen an. Er schreibt:

Die Börse, die ja an und für sich nicht gerade dazu neigt, auf ernste Probleme mit sehr tiefer Gründlichkeit einzugehen, hat sich bisher nicht sonderlich den Kopf über die Lage Deutschlands zerbrochen. Die Börsenleute waren mit der andauernden Hausse aller Aktienwerte viel zu sehr beschäftigt und durch sie in eine viel zu gute Stimmung versetzt. Jetzt plötzlich ist beinahe wie auf Kommando eine gewisse Mißstimmung hinsichtlich der deutschen Zukunft in die Gedankenwelt der Spekulanten gekommen. Man erinnert sich jetzt, daß der Engländer Keynes es lange vorausgesagt habe, Deutschland könne die Reparationen niemals erfüllen und eile einer Katastrophe entgegen. Worauf diese plötzliche Erkenntnis zurückzuführen ist, ist schwer zu durchschauen. Es ist nicht einmal ganz ausgeschlossen, daß vielleicht eine Handvoll gewisser Spekulanten, die eine Beendigung des Aktienaums auf der Börse fürchteten, auf die weitere Entwertung der Mark systematisch hinarbeitete, der selbstverständlich ganz automatisch eine weitere Erhöhung der Aktienkurse folgen muß. In diesem Zusammenhang haben dann auch Betrachtungen und Ausstreuungen über angeblich in kurzer Zeit fällige deutsche Kredite eine Rolle gespielt. Es gehört augenblicklich gar nicht viel dazu, eine Baissabewegung auf dem Valutamarkt zu inszenieren. Man braucht nur den Anstoß zu geben. Sie erhält sich dann ganz von selbst in Fluß. Denn Angst und Gewinnlust treiben die gedankenlose Menge der Valutaspekulanten, die sich heute aus den breitesten Schichten der Bevölkerung rekrutieren, dauernd zu neuen Käufen. Die Verdienste, die in den letzten Wochen am Devisenmarkt erzielt worden sind, locken immer neue Käufer. Und wenn man gleichzeitig a la baisse in Mark und a la hausse in Aktien doppelt verdienen kann, so ist das ein besonderer Anreiz in einer Zeit, in der Verdienen viel größer geschrieben wird als Arbeiten.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß bei allem Ernst der Lage in Deutschland die augenblickliche Panik auf dem Markte der deutschen Valuta durch eine ganz zügellose Spekulation hervorgerufen wird. Wenn es nicht gelingt, dieser Ausschreitungen Herr zu werden, so kann sich daraus allerdings jene Katastrophe sehr schnell entwickeln, die vielleicht noch aufhaltbar ist, wenn die Besonnenheit wiederkehrt. Man braucht nur daran zu denken, daß augenblicklich in Deutschland eine recht große Menge von Milliarden an ausländischen Guthaben vorhanden ist. Wenn es erst gelingt, das Vertrauen des Auslandes so weit zu erschüttern, daß diese Milliarden zurückgezogen werden, wenn ferner ein weiterer rapider Rückgang der Mark womöglich auch in den Augen der deutschen Kleingeldbesitzer und Geldempfänger das deutsche Geld als Zahlungsmittel vollkommen ausschaltet, so muß das schließlich zu den schwersten Erschütterungen wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art führen. Niemand vermag heute mit einiger Genauigkeit anzugeben, wie groß der Wert der Mark reell noch ist. Ihre Bewertung im Ausland hängt zum größten Teil von Vertrauensmomenten ab. Das Vertrauen ist an sich schon eine besonders zarte Pflanze. Aber wie kann man schließlich vom Auslande Vertrauen verlangen, wenn von Deutschland her dauernd das Alarmsignal gegeben wird.

Wesentliche Beforgnisse hat die „Frankfurter Zeitung“ in ihrer Freitag-Morgenausgabe: „Unser Land aber steht vor der bittersten Frage, ob wir nicht ebenfalls den Weg Österreichs gehen, daß die Mark nur noch als Rechnungseinheit für den Kleinverkehr Geltung hätte, während der Großverkehr sich in seiner inneren Substanz immer mehr als Weltmarktpreis und Weltmarktwährung verliert.“

Die Valutaspekulation ist jedenfalls bereits soweit. Sie fängt Devisen, hält Devisen zurück, nicht etwa nur für den legitimen Bedarf der Industrie und des Handels, die sich Devisen für ihre voraussehbaren Auslandszahlungen hinlegen, sondern einfach in der Hoffnung auf Kursgewinn: die deutsche Not, wir sagten es bereits schon, ist für nichts anderes als ein Argument für eine Börsenspekulation; die riesige Reparationslast, die das Reich zu tragen hat, weckt in ihrer Lebendigkeit eine Ermüdung, daß die Reichskasse, wenn sie die notwendigen Devisen nicht zum jetzigen Kurse bekommen kann, dann eben noch viel höhere Kurse ansetzen müssen, und davon erhofft sie privaten Gewinn. Der Ausländer zuckt die Achseln über solches Gebaren. Nichts erscheint ihm so sehr als ein Beweis des immer noch nicht wiedergekehrten moralischen Gleichgewichts in Deutschland, wie diese Tatsache, daß große Volksteile sich nicht schämen, gegen die Wohlfahrt des eigenen Landes zu spekulieren und ihrer Spiel-lust zu fröhnen. Aber gibt es, wo die innere Zucht fehlt, wo der patriotische Patriotismus weiter Kreise sich zwar in nationalstiftlichen Taten überschreitet, aber niemals zu tatsächlichen Opfern bereit ist, dagegen ein Mittel? ... Zwei Mittel nur, scheint es, könnten helfen. Ein momentanes, wenn es nämlich der Reichsfinanzverwaltung gelänge, sich durch auswärtige Finanztransaktionen für einige Zeit von der Devisenspekulation unabhängig zu machen, dadurch die Devisenkurse zum Weichen zu bringen, und so die Spekulation zu erschüttern. Die Spekulation sei gewarnt, deraartiges könnte schneller kommen als sie ahnt — wir haben es 1920 erlebt, daß der Dollar über 100 stand, um nachher bis unter 40 herabzusinken. Das einzig ständige Dauernde freilich könnte nur eine entschlossene durchgreifende Steuerpolitik bieten.“

Aus diesen Darlegungen zweier durchaus ernst zu nehmenden bürgerlichen Zeitungen ergibt sich nicht nur die Größe der Gefahr, in der Deutschlands Volkswirtschaft schwebt, sondern auch die Notwendigkeit, die jetzt erneut von der Sozialdemokratie geforderte durchgreifende Steuerreform schleunigst in Angriff zu nehmen, bevor es zu spät ist.

Volkswirtschaft.

Beschleunigte Zuschußgewährung für Siedlungsbauten.

Die Bau- und Siedlungsgenossenschaften klagten stets über das zögernde Verfahren, wenn für eine Siedlung Baukostenzuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge erwirkt werden sollten. Diese Anträge gehen von der ländlichen Siedlung zum Kreis, von dort zur Regierung oder zum Oberpräsidenten, weiter ans Wohnungsministerium und von dort zum Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Wenn alles gut geht, so besteht die Aussicht, daß auf den Antrag in etwa 20 Wochen ein endgültiger Bescheid erteilt wird. Werden aber Änderungen der eingereichten Unterlagen notwendig, was ja bei den Massenberechnungen meistens der Fall ist, so verzögert sich die Entscheidung noch erheblich mehr. Diese Verzögerung verleierte erfahrungsgemäß die zu errichtenden Bauten erheblich, da die Antragsteller meistens bereits über die Organisation zur Ausführung der Bauten verfügen oder solche bereitgestellt haben. Mangels endgültigen Bescheides sind sie zur Untätigkeit verdammt und in den zu treffenden Vorbereitungen gehemmt. Die Betriebseinrichtungen liegen still, und eine Disposition hinsichtlich der Arbeit und der Arbeitskräfte ist unmöglich. Dieser Zustand bedeutet eine Behinderung der Siedlungsarbeit, der behoben werden kann, wenn die Antragsteller bereits kurze Zeit nach der Einreichung ihrer Anträge Gewißheit erhalten können, daß ihre Anträge grundsätzlich genehmigt und daß nur in bezug auf die Höhe der angeforderten Beträge Abweichungen zu erwarten sind.

Der Vorstand des ADGB wandte sich daher an die Regierung mit dem Ersuchen, durch ein beschleunigtes Verfahren die bestehenden Mißstände zu beheben. Die Regierung ist hierzu bereit. Unterm 26. August schreibt der preussische Minister für Volkswohlfahrt (M. R. 12545/21):

In Uebereinstimmung mit dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung bin ich bereit, bei Wohnungsbauten das Verfahren zur Erlangung von Zuschüssen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge infolgedessen zu beschleunigen, daß ohne zögernde Prüfungen der Unterlage bei den Regierungen wenigstens eine grundsätzliche Entscheidung möglichst schnell herbeigeführt wird.

Ich habe die Regierungspräsidenten mit den erforderlichen Anweisungen versehen und wäre dankbar, wenn vom ADGB aus in geeigneter Weise die interessierten Kreise darauf hingewiesen würden. Ich darf dabei darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren nur Platz greifen kann, wenn der Antragsteller den Wunsch nach einer vorläufigen grundsätzlichen Entscheidung zum Ausdruck bringt. Von der Befügung der Unterlagen kann aber auch in diesem Fall nicht abgesehen werden, weil sonst die Möglichkeit fehlt, das Bauvorhaben im allgemeinen zu beurteilen.

Diese Stellung des Ministeriums wird den Siedlungsgenossenschaften sehr erwünscht sein, denn sie muß dahin führen, daß die so oft beklagten Mißstände bei der Erledigung der Zuschußanträge wesentlich eingeschränkt werden. Es ist daher zu wünschen, daß die beschleunigte Verrichtung im Zuschußverfahren den beteiligten Kreisen bekannt wird, damit diese bei ihrem Bauvorhaben sofort Anträge auf vorläufige grundsätzliche Entscheidungen stellen.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 10. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsart	Fahrtzeit
D.	S.	S.	S.	S.	S.

Angelommen am 11. September 1921.

D.	S.	S.	S.	S.	S.
D.	S.	S.	S.	S.	S.

Angelommen am 12. September 1921.

D.	S.	S.	S.	S.	S.
D.	S.	S.	S.	S.	S.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Herrmann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Industrie Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



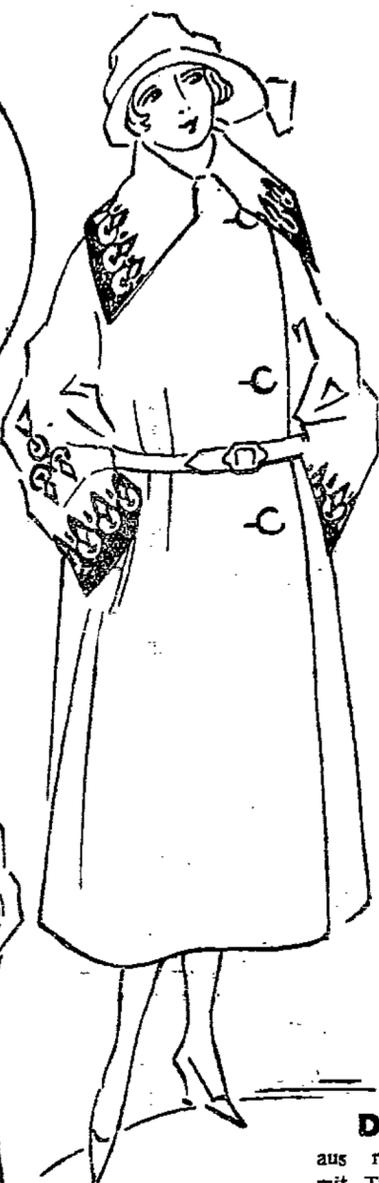
Eleg. Plüsch-Hut
mit echtem Kronenreiter 235⁰⁰



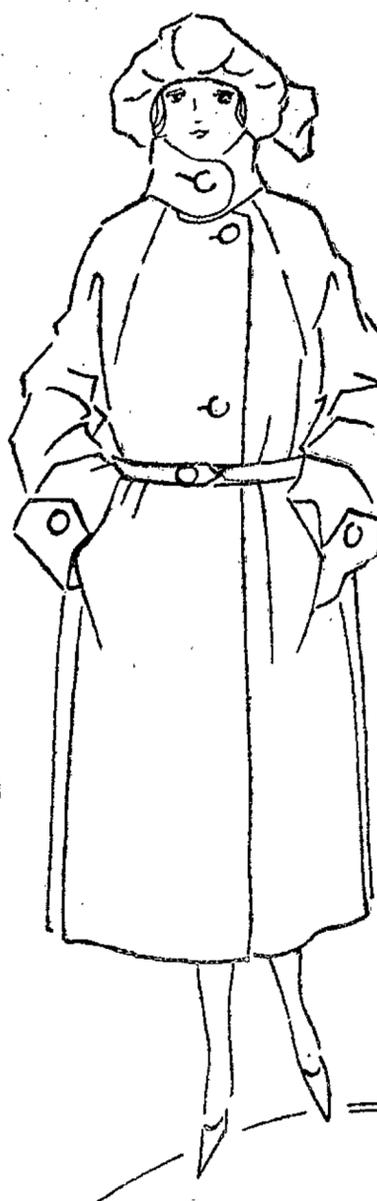
Eleg. Samt-Hut
fesche, aufgeschlag. Form mit Jetti-Knopf garniert 195⁰⁰



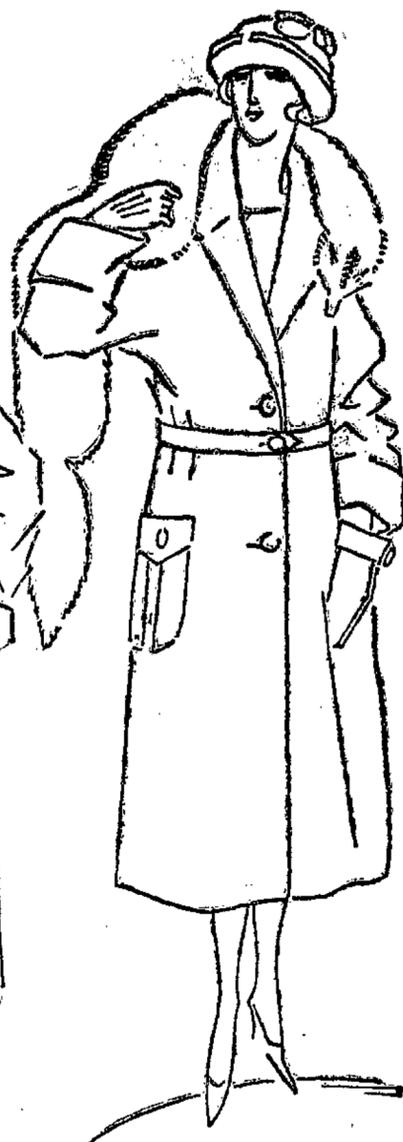
Damen-Mantel
aus reinwollenem, warmem Noppensstoff, Raglanschnitt mit Gürtel, ganz weite Form..... 575⁰⁰



Damen-Mantel
aus reinwollenem Flauschstoff, mit Tuch-Applikation..... 485⁰⁰



Damen-Mantel
aus genopptem Wintermantelstoff Raglanschnitt mit Gürtel 450⁰⁰



Backfischmantel
aus reinwollen. Diagonalstoff, mit aufgesetz. Taschen, Rücken mit Sattel und Falten. 395⁰⁰



Damen-Mantel
aus reinwollenem Flauschstoff, mit abgesetzten Taschen, offen und geschlossen 675⁰⁰

Unsere Mode-Schauen

in Travemünde und im Stadttheater haben erneut den Beweis erbracht, daß wir nur geschmacklich hochsteh. Erzeugnisse führen

Diese Mäntel

(wie obige Abbildungen) aus reinwollenen, feinen Flauschstoffen, sind etwas ganz Besonderes in bezug auf Verarbeitung und Qualität. — Da die Anfertigung unserer Konfektion z. T. in eigenen Werkstätten geschieht, sind wir in der Lage, billig zu verkaufen

Karstadt

Freistaat Lübeck.

Montag, 12. September.

Auf die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am heutigen Montag...

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 19. September statt.

Ein Notschrei der Invaliden.

Wir lesen in der „Deutschen Invaliden-Zeitung“: „Sunger, Not, Entbehrung, das sind die ständigen Gäste der Invaliden, Witwen und Waisen.“

Nach der ungeheuren Vertenerung der Lebenshaltung müssen Mittel und Wege gesucht werden, um den Invaliden, Witwen und Waisen sofort zu helfen.

Der Hanseatische Generalstaatsanwalt Dr. Schön.

Der Hamburger Presse geht folgendes Schriftstück zu: Die Senate der drei Freien Hansestädte haben den Generalstaatsanwalt Dr. Schön auf Grund des § 29 Abs. 3 des Oberlandesgerichtsvertrages im Interesse des Dienstes in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Der Arbeiter.

Eine Erzählung von Stijn Streuvels.

8. Fortsetzung.

Sie waren die einzigen Spaziergänger in der Stille des Vormittags, und die Schmitzer mit ihrer Familie wurden nicht einmal beachtet, nicht mehr als sonst die Landleute aus den Dörfern, die Sonntags ihre Einkäufe in dem Kleden machen.

Sozialdemokratischer Bezirksparteitag für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck.

Wir berufen hiermit den diesjährigen Bezirksparteitag zum Sonntag, dem 2., und Montag, dem 3. Oktober, nach Lübeck, Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. Berichterstatter: Wilh. Kröger, Karl Brehmer. 2. Bericht über die Presse. Berichterstatter: die Geschäftsführer. 3. Bericht der Landtagsfraktion. Berichterstatter: Karl Koltmann. 4. Beamte und Republik. Berichterstatter: Frost-Lübeck. 5. Die politische Lage. Berichterstatter: 1 Vertreter des Parteivorstandes. 6. Bildungserarbeit im Bezirk. Berichterstatter: W. Bromme. 7. Beratung der Anträge. 8. Wahl des Bezirksvorstandes und des Ortes, an dem der nächste Bezirksparteitag stattfinden soll.

Anträge zum Bezirksparteitag, welche in die gedruckte Vorlage mit aufgenommen werden sollen, müssen bis zum 19. September in unseren Händen sein.

Ortsvereine mit bis 500 Mitgliedern wählen 1, von 500 bis 1000 2, und für jede weiteren 500 Mitglieder einen Delegierten.

Zwecks Zustellung der Mandate erziehen wir die Delegierten, uns von ihrer Wahl sofort Mitteilung zu machen. Delegierte, die nicht im Besitze eines vom Ortsgruppenvorstand unterschriebenen Mandats sind, können an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

Der Bezirksparteitag wird am Sonntag, 2. Oktober, mittags 1 Uhr pünktlich eröffnet.

Der Bezirksvorstand.

Im Auftrage: Wilhelm Kröger.

dem jetzigen Generalkstaatsanwalt, der zugleich Leiter der hamburgischen Staatsanwaltschaft ist, nicht diejenige Unterstützung und lokale Mitarbeit findet, die er gesetzlich beanspruchen kann und auf die er in Zeiten gefährdeter staatlicher Ordnung unbedingt angewiesen ist.

Feudale Erzähler.

Die Lübeckischen Anzeigen sind bereits so weit auf den Hund gekommen, daß sie die politischen Spalten einfülligen Schmierfinken für faule Schnurren zur Verfügung stellen.

„Dicht vor meinem Fenster steht ein Baum, dessen Zweige, wenn der Wind geht, rhythmisch an des Scheibens trommeln, was sehr wohlwollend wirkt, besonders des Nachts, wenn man schlafen möchte.“

... Wenn ein Schulfunge zum Primus ausgerufen wird, wenn ein Schüge den Vogel nach Hause trägt, wenn ein Liebhabertheater ein Drama als das beste aufgeführt hat, dann wird der Ort besaggt, dann läuten die Glöden, spielt die Musik und lächeln die Kanonen, und es gibt ein Volksfest.

Die Schmitzer kehren heim und bringen den Lebensunterhalt mit für ihre Familie, sie halten ihren Einzug, und alles bleibt still in den Straßen; da ist kein anderer Lärm als der, den sie selbst machen, nachdem sie endlich wieder ihren Durst gelöscht haben mit dem klammigen Bier, das sie da unten so fest entbehren mußten; kein Festklang ertönt, wenn sie nicht selbst ihre Freude hinausschreien, weil sie ehrlich ihr Tagewerk herumgearbeitet haben, wozu die Glöden zeugen, die sie auf ihrer bloßen Brust tragen, und die sie so verächtlich wieder verkehren werden.

Das übrige des „Schubes“ ist mit samt der Harmonika in dem Zuge weitergefahren, und auf jeder Station, über ganz Brandenburg hin, wird er anhalten, um eine Anzahl herauszulassen, und an diesem Sonntag, da die Schmitzer ihren Einzug halten, wird es überall dasselbe sein: wie Landstreicher ziehen sie durch die Straßen und gehen weiter, landeinwärts, jeder in sein Dorf oder zu seinem Weiler, wo Weib und Kinder für den Willkommen sorgen.

Vor ihnen lag die lange, eintönige Landstraße, die sie zurüchlegen mußten, mitten durch die flachen Felder. Die Luft blieb gleichförmig grau, und der Wind war schneidender geworden und hies kräftiger aus Westen über die totenstille Landschaft.

gärten herzugeführt und spektakelt, das einem die Ohren gelien. Dieser Pöbel glaubt in allem Ernst, wenn er schimpft, brüllt, droht, flucht, hunderttausend Vorwürfe, Ratschläge, Befehle, Gesehe, in Massensammlungen durcheinanderschreit, werde das Schicksal vor ihm dienen oder die Flucht erpreisen.

Wir wollen den „Spak“ noch einige Körnchen aus dem Rehrichthausen pfeifen lassen: Der Edle von der Blanik erzählt nämlich auch, daß die Spaken ihn trotz seines Wohlwollens auf die Finger waden, das Schicksal aber am Fenster stehe und lächle. Die Hausfuge sihe auf der Lauer und freise alle nach der Keiße auf, bis der letzte tot in den Garten falle.

Die Bürgerchaftswahlen finden nach einer amtlichen Bekanntmachung am Sonntag, dem 18. November, statt. Die Wahlzeit ist in den städtischen Wahlbezirken von 9 bis 8 Uhr, auf dem Landgebiet von 10 bis 2 Uhr festgesetzt.

Zur Freigabe der Zuckerrirtschaft. Die Ausführungsbestimmungen der Reichszuckerstelle zu der Verordnung über den Verkehr mit Eßzucker vom 28. Januar 1919 und die Bekanntmachung der Reichszuckerstelle zu der Verordnung über den Verkehr mit Eßzucker vom 13. Dezember 1919 in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1920 treten mit dem 15. Oktober 1921 außer Kraft.

Zu dem Entwurf der neuen Landgemeindevordnung, deren wichtigste Bestimmungen wir vor einiger Zeit veröffentlicht haben, läßt der Senat der Bürgerchaft einen Bericht des Stadt- und Landamtes zugehen, dem der Senat beigetreten ist. In diesem Bericht werden mancherlei Bedenken gegen die Fassung einiger Paragraphen des Entwurfs erhoben.

Das Bößchen lief wie ein Hausen Flüchtlinge über die Landstraße dahin. Die Kinder nöckerten vor Müdigkeit und Hunger; die Frauen mit den Kleinsten auf dem Arm und die andern an der Hand oder am Rock liehen ihre kräftige Stimme laut erschallen, doch die gemachte Fröhlichkeit klang auf die Dauer ein wenig falsch, und eigentlich hielten sie sie nur aufrecht, um den Männern ein wenig Mumm einzujagen, die nun auf einmal all ihre gute Laune vergelien zu haben schienen: sie liefen dort abwärts, und mit prächtigen Worten nur liefen sie dann und wann eine Bemerkung fallen über das, woran sie unterwegs vorbeikamen.

„Es wird schon anders werden“, sagte Manse zu Emma, „marie nur, bis sie nach Haus kommen und am Abend in die Wirkhaft, da kannst du was hören.“

Das einzige, was sie taten, war, sich umsehn und fragen, wann oder wie lange schon, dieser oder jener ihrer Bekannten heimgekehrt war. Ihre Unterhaltung drehte sich um die Arbeit, die sie hier zu Haus nun anfangen würden. Der eine wollte weben, der andere versuchen, heim Bauer Arbeit zu bekommen und heim Herausnehmen der Rüben und Zichorien zu helfen.

Der Sozialdemokratische Verein (Distrikt Marli) ladet zu Mittwoch, den 14. September zu einer Mitgliederversammlung ein, in der Gen. Dr. Leber über die politische Lage sprechen wird. Die jetzige ernste Zeit erfordert die Wachsamkeit des Proletariats, deshalb ist es notwendig, daß alle Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen.

Neuorganisation der landwirtschaftlichen Winterfchule. Von der Oberschulbehörde sind mit der Landwirtschaftskammer Verhandlungen über eine Neuorganisation der mit der Gewerbeschule verbundenen landwirtschaftlichen Winterfchule geführt worden. Diese Verhandlungen, die eine Erweiterung und Vertiefung des Unterrichts sowie die Eingliederung der in gärtnerischen Betrieben beschäftigten Lehrlinge bezwecken, sind nunmehr zum Abschlusse gelangt, indem u. a. folgendes vereinbart wurde: Die landwirtschaftliche Winterfchule wird zum 1. Oktober 1921 neu organisiert. Sie dient der Fortbildung der Landwirte; außerdem wird der bisher in der Gewerbeschule erteilte Pflanzfortbildungsunterricht der Gärtnerlehrlinge damit verbunden. Die Schule wird zwei Klassen, eine Unter- und eine Oberstufe, umfassen. Patatalklassen sollen aus finanziellen Gründen vorläufig nicht gebildet werden. An Schülern kommen etwa 50 Landwirte und 30 Gärtnerlehrlinge in Betracht. Auswärtige Landwirte sollen nur aufgenommen werden, soweit Platz vorhanden ist. Der neue Lehrplan sieht für die Landwirte einen sechsstündigen Unterricht mit je 5 Unterrichtsstunden vor. Die Gärtnerlehrlinge sollen täglich 4 Stunden Unterricht erhalten; sie sind im ersten Lehrjahr vom Pflanzunterricht befreit. Belohnung wird an Stelle des gangjähigen Unterrichts mit 8 Stunden wöchentlich ein halbjähriges Unterricht mit 24 Stunden wöchentlich treten. Der Unterricht wird durch Neueinführung verschiedener Unterrichtsweize bedeutend erweitert. Das Schulgeld soll auf 600 Mark für hiesige Landwirte und auf 900 Mark für auswärtige Landwirte, gleichviel, ob sie sich in Lübeck in Pension befinden oder nicht, festgelegt werden; für die Gärtnerlehrlinge soll ein Arbeitgeberbeitrag von 300 Mark erhoben werden. Sämtliche Arbeitgeber der gärtnerischen Betriebe haben sich bereit erklärt, ihre Lehrlinge in die landwirtschaftliche Winterfchule zu schicken und den vorerwähnten Beitrag zu zahlen. Als Lehrkraft soll ein tüchtiger, in der Praxis erfahrener landwirtschaftlicher Lehrer mit voller akademischer Ausbildung gewonnen werden. Die dann noch übrig bleibenden Stunden werden mit aushilfsweise einzustellenden Fachlehrern besetzt. Um die Kraft des Lehrers auch während des Sommerhalbjahres zu nutzen, ist in Aussicht genommen, ihn für diese Zeit der Landwirtschaftskammer zur Verfügung zu stellen, von der er im Interesse der Landwirte für Anbauversuche, wirtschaftliche Beratungen und Vorträge sowie praktische landwirtschaftliche Unterweisungen verwendet werden soll. Der Senat ist dem Antrage der Oberschulbehörde beigestimmt und stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Von der Produktiven Arbeitsfursorge wird uns geschrieben: Mehr und mehr bringt in alle Kreise unserer Bevölkerung die Überzeugung von der Notwendigkeit und dem Nutzen der Produktiven Arbeitsfursorge. Leider ist deren Tätigkeit dadurch beschränkt, daß einige große, wirtschaftlich starke Gruppen des Erwerbslebens noch abseits stehen. Die Hauptlast der Beitragszahlungen haben aus richtigem sozialen Empfinden heraus die wirtschaftlich schwächeren Kreise auf ihre Schultern genommen. Auch in diesen Kreisen ist die Beteiligung immer noch keine zeitlose, aber sie wächst von Monat zu Monat. Es ist bedauerlich, wenn beispielsweise unsere Banken und die Bankangehörigen sich immer noch nicht entschließen können, ihr Scherflein zu diesem für unser Wirtschaftsleben so eminent wichtigen Werke beizutragen, und es mutet sonderbar an, wenn die Apotheker und Zahnärzte darzutun versuchen, daß sie und ihre Angehörigen wirtschaftlich so schlecht gestellt seien, daß sie nicht in der Lage seien, irgend etwas für das Allgemeinwohl zu tun. Denn darum handelt es sich hier! Die Frage darf nicht lauten: Was habe ich persönlich davon? Was hat meine Berufsgruppe davon? Sondern: Welchen Nutzen hat unser Wirtschaftsleben, welchen Nutzen hat die Allgemeinheit davon? Auch die Beamten müssen sich fragen, daß nur ein gesünderes Wirtschaftsleben sie vor dem Verlust ihrer Existenz und der Brotpflicht schützt. Etwa 300 Erwerbslose haben seit dem 16. April bis heute Arbeit bei der Produktiven Arbeitsfursorge gefunden. Die doppelte Anzahl könnte eingestellt werden, wenn alle mithelfen, dieses Werk zu stützen. Wir richten deshalb erneut den Appell an alle: Unterstützt die Produktive Arbeitsfursorge! Der Winter naht und mit ihm eine vergrößerte Arbeitslosigkeit. Dieser Herr zu werden liegt in unser aller Interesse.

Neubau eines Schleppdampfers. Hamburger Blätter berichten: Die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft hat von einer Hamburger Reederei den Auftrag zum Bau eines Hochleistungs-Schleppdampfers erhalten, der eine Maschine von 500 Pferdekraften erhalten soll. Die Lieferung des Schiffes soll in 6 Monaten erfolgen. Er wird unter Aufsicht des Germanischen Lloyd für die höchste Klasse erbaut.

United States Mail S. S. Co. — United States Lines. Wie die Verwaltung des Norddeutschen Lloyd Bremen bekannt gibt, sind die von der United States Mail S. S. Co. betriebenen früheren deutschen Passagierdampfer dem Shippingboard zurückgegeben und von diesem drei leistungsfähigen amerikanischen Schiffstypen, die unter dem Namen United States Lines übergeben worden. Für den Betrieb bleibt der Rumpf des Stabes der United States Mail S. S. Co. in Tätigkeit. Die Dampfer werden auf den alten Linien nach dem alten Fahrplan verkehren. Der Norddeutsche Lloyd Bremen führt die Generalagenturen fort. Die Interessen der Passagiere und Verladener werden durch die Abänderung nicht berührt.

Eine nächtliche Schießerei soll am 2. September auf dem Schießstand bei der Brauerei Lüch stattgefunden haben. Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, handelt es sich um hartes Maschinengewehrfeuer. Scharfe Schüsse sind auch nach der Richtung der Stadt zu abgefeuert worden. Wer die Schießwütigen waren und welche Art Waffen sie im Besitz haben, konnte nicht festgestellt werden. Wahrscheinlich haben die Veranstalter des Schießens gleich eine Schießprobe nachts um 12 Uhr abgehalten, um ihre Tapferkeit zu beweisen. Über 70 Schüsse wurden geschßt.

Ein Selbstmord verübte am Sonnabend ein in der Schillerstraße wohnender älterer Mann. Er stürzte sich mit zusammengekauerten Händen in den Elbe-Drone-Kanal und ertrank. Durch den Unsturz, daß der Lebensmüde sich die Hände zusammengeknürrt hatte, tauchte das Gesicht von einem Morde auf. Es liegt aber kein Mord, sondern Selbstmord vor.

Ein Mitgliedsbuch des Arbeiterabfahrervereins ist in der Fliegenden Käferstraße des Gewerkschaftshauses liegen geblieben. Es lautet auf den Namen Paul Scheel und ist im Parteisekretariat abzuholen.

Schäftslicher Zusammenbruch. Der Konturs eröffnet wurde über das Vermögen des Kaufmanns Max Schille, Import- und Exportgeschäft, Bergstraße 24. Zum Konkursverwalter ist Kaufmann Niels Jensen ernannt.

vb. Stadthallen-Schießspiele. Die Feste im Kronischen (Grotte) heute human ist von der Maxim-Gesellschaft auf die Weisung gebracht worden. Die hervorragendsten Schauspieler Berlins: Oswald Winterstein, Maria Ostka, James Stratt, Marie Schlicht, Ella Grünig, Margarete Döber, Hans Rahmann, Carl Grlinger, Josef Kunig u. a. wirken mit, und doch ist es unmöglich, die Schiedungen eines Zugs in allen ihren glänzenden Variationen dem Publikum vor Zug zu führen. Nur Epochen aus dem Roman

Geht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die am 18. November stattfindenden Bürgerwahlen liegen von 8. bis einschließlich 15. September zur Einsicht aller Wahlberechtigten in folgenden Lokalen aus: Stadtgemeinde Lübeck in der Aula des Johanneums; Stadteil Travemünde bei der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, Neustr. 3; Rübentich im Polizeibureau; Siems-Dänischburg im Polizeibureau Dänischburg; Schütup in der amtlichen Geschäftsstelle Westloerstraße 1; Moisling; in den Landgemeinden, mit Ausnahme von Dummerdorf, im Hause der Gemeindevorsteher; in Dummerdorf bei Gastwirt Ledenburg. An den Wählerlisten können die Listen einsehen werden von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 6 Uhr nachmittags. Sonntags von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags. Diese Zeit gilt für alle Bezirke, mit Ausnahme von Dummerdorf, hier liegen die Listen von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags aus. Arbeiter, Parteigenossen, seht die Wählerlisten ein!

Wahlberechtigt sind alle reichsdeutschen Männer und Frauen, die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet haben und seit drei Monaten in Lübeck oder im Lübschen Staatsgebiet wohnen.

Männer und Frauen, seht die Wählerlisten ein!

können wiedergegeben werden. Das geschieht aber so spannend und fesselt, daß die Besucher bis zuletzt in Atem gehalten wurden, bis Regener, der Fahrer, seinen Lokomotivführer Mantler aus Eifer sucht mündend, von der Lokomotive herunterstürzt und der Militärzug seinem Verderben entgegenrauscht. — Wir können unsern Lesern nur empfehlen, das Buch selbst zu lesen. Allein die weltberühmte Detailbeschreibung der Lokomotive „Dolton“ entschädigt schon dem Leser. Im zweiten Teil wird ein Singspiel „Der Spielmann“ gezeigt, mit Kompositionen von Schubert, Offenbach, Tschechi u. a. Das einleitende dreitägige Lustspiel „Eine unruhige Nacht“ sorgt für den Humor.

Stadttheater. Heute Montag findet das 8. Volkst. Konsett im Stadttheater statt. Die erste Wiederholung von Perodes und Marianne ist am Dienstag. In den Kammerstücken am Sonntag das interessante Werk von Schopenhauer: Maria.

Das Hagenbeck-Gastspiel. In der großen Reihe deutscher Unternehmungen von Weltruf, die unter den Folgen des Weltkrieges besonders zu leiden hatten, und die es mit bewunderungswürdiger Fähigkeit verstanden haben, den Wiederaufbau in denkbar kürzester Zeit zu vollziehen, steht das Haus Hagenbeck an erster Stelle. Ein längeres Gastspiel in Holland hat Herrn Karl Hagenbeck ermöglicht, die zur Aufführung seiner großen Dressurgruppen erforderlichen Reutiere aufzukaufen und damit Vorkäufe zu bieten, wie sie selbst der kühnste Optimist noch nach einer Reihe von Jahren nicht zu sehen hoffte. So hat z. B. die Hagenbeckschau schon heute wieder eine Gishärengruppe von 22 Tieren und jebermann, der die Schwierigkeiten kennt, die mit dem Fang dieser stolzen Könige der Polarwelt heute verknüpft sind, wird diese Mutterleistung hantelstischer Energie zu würdigen wissen. Und ähnlich ist es mit allen anderen Dressurnummern, die unsere Lübecker Bevölkerung in den nächsten Tagen zu sehen bekommt. Hierzu tritt noch die überragende lange Reihe künstlicher Sensationen, an ihre Spitze die besten Flaner der Welt, die aus 11 Personen bestehende Lorchfamilie und die vielen anderen, für deren Nennung uns der Raum fehlt. Wenn man bedenkt, daß derartigen Schaunummern heute von dem nach großen künstlichen Sensationsnummern hungierenden Ausland Gagen geboten werden, an die gemessen, selbst Deutsche Rekorde nur beschiedene Trimgelder sind, dann wird man zugeben, daß Direktor Karl Hagenbeck fast unerschwingliches Opfer bringt, um der hiesigen Bevölkerung ein wirklich musterträgliches Programm zu bieten. Die Hagenbeckschau wird auf dem Burgfeld aufgestellt werden. Die Eröffnung des kurzen Gastspiels findet am Mittwoch, dem 14. d. Mts., abends 7½ Uhr statt.

pb. Ein Schwindler. Festgenommen wurde ein stellungloser Handlungsgehilfe aus Kiel wegen Betruges. Er hatte im Generalanzeiger ein Inserat erlassen, nach dem er beauftragt sei, einige junge Leute als Gehilfen für eine Tabakpflanzung auf Sumatra zu engagieren. Es meldeten sich einige Reisefreudige, von denen er sich Beiträge von 90 und 100 Mark geben ließ. Ihm sind auf diese Weise über 1000 Mk. in die Hände gefallen.

pb. Vor einem Automobil angefahren wurde am Sonnabend ein in Al.-Meisenberg wohnhafter Hüfner, als er mit seinem Führer auf der Hamburger Chaussee seinem Wohnort zustrebte. Durch den Zusammenstoß wurde der Wagen in einen Chaussee-graben gestürzt, während das Pferd, eine schwarze achtjährige dänische Stute mit weißen Stirn-Strichhaaren, kante und davonlief. Wie festgestellt, passierte in derselben Nacht ein Automobil die Fadenburger-Allee-Brücke, welches ein Pferd hinter sich führte. Anzunehmen ist, daß es sich um das entlaufene Pferd handelt. Da der Gefährdete bis heute nicht wieder in den Besitz seines Pferdes gelangt ist, wird der jetzige Verwahrer desselben ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei Lübeck oder bei dem Hüfner Möller, Klein-Meisenberg zu melden.

Wadearaufst Feuertamm. Wassermärme am 12. September morgens 6 Uhr 18½°; mittags 12 Uhr 18¼° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Segeberg. Die Bauern mahnen. Der erweiterte Vorstand der Kreisgruppe Segeberg des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins verurteilt in einer Entschlieung aufs schärfste den Wunsch mit lebensnotwendigen Erzeugnissen der Landwirtschaft. Die bevorstehende Kartoffelernte gebe Veranlassung, an die Mitglieber das Ersuchen zu richten, zunächst die Einwohner des Kreises zu mäßigen Preisen mit Kartoffeln zu beliefern. Ueber-schüssige Mengen sollen nur unter der Gewißheit verkauft werden, daß sie nicht zu Spekulationen und Wucherzwecken mißbraucht werden. — Die Kreisgruppe Bauern-Gesellschaft ist bereit, den waggonweisen Verkauf direkt an Selbstverbraucher, wie Krankenhäuser, Speisestätten, Bergwerke und Fabriken, zur Verteilung an die Arbeiter usw. zu vermitteln.

Hamburg. Das Ergebnis der Groß-Hamburg-Konferenz. Amlich wird mitgeteilt: Bei den unter Beteiligung von Kommissaren der zuständigen Ministerien geführten Verhandlungen mit Vertretern der an Hamburg angrenzenden Städte, Kreise und Landgemeinden wurde die besondere Notlage, welche durch die Nachbarschaft Hamburgs hervorgerufen ist, klar gelegt und allgemein anerkannt. Es wurde einmal die Maßnahmen besprochen, deren sofortige Durchführung geboten ist, um den Gemeinden die Erfüllung lebenswichtiger Aufgaben zu ermöglichen. Weiter wurde darin Uebereinstimmung erzielt, daß mit den Beteiligten die organisatorischen Möglichkeiten erörtert werden sollen, welche es gestatten, die aus der geographischen Lage zu Hamburg und den wirtschaftlichen Verhältnissen entstandenen Schwierigkeiten dauernd zu beseitigen, ohne daß dabei eine die Provinz Schleswig-Holstein gefährdende Lösung getroffen wird.

Kiel. Die zweite Kieler Herbstmesse für Kunst und Wissenschaft wurde am Sonnabend durch den Oberbürgermeister Dr. Luken feierlich eröffnet. Eine stattliche Anzahl auswärtiger Gäste, darunter insbesondere viele Hochschullehrer und Studenten der skandinavischen Universitäten, sind erschienen. Das reichhaltige künstlerische Programm der Festwoche, die im Stadttheater durch Hebbels „Nidelungen“ eingeleitet wurde, wird durch Vorträge hervorragender Vertreter der Wissenschaft und lebendige Ausstellungen ergänzt. In die zweite Hälfte der Herbstwoche fällt auch die Eröffnung der Nordischen Messe in Kiel, die bereits eine überaus große Zahl von Ausländern aufzuweisen hat und zu der vornehmlich zahlreiche Besucher aus den nordischen Ländern angemeldet sind.

Kiel. Zur Frage der Milchverbilligung kam der Vorstand der Landwirtschaftskammer zu folgenden Ergebnissen: Der Vorstand erkennt an, daß der Milchpreis für geringere, mittlere Verbraucher bedrückend hoch ist. Er ist der Ansicht, daß eine Verbilligung der Milch durch geeignete Maßnahmen nicht durchgeführt werden darf, und er lehnt deshalb jeden behördlichen Zwang ab. Der Vorstand glaubt, daß eine Verbilligung nur dadurch zu erzielen ist, daß in den einzelnen Bezirken, wie zum Teil bereits geschehen, Vertreter der Erzeuger, Händler und Städte zusammentreten zwecks Durchführung geeigneter Verbilligungsmaßnahmen. — Es wird also anerkannt, daß der Milchpreis für Minderbemittelte zu hoch ist. Statt noch lange zu verhandeln, sollten die Erzeuger einfach den Milchpreis herabsetzen, dann ist alles andere überflüssig.

Rostock. Lustmord. Es besteht der Verdacht, daß der Berliner Frauenmörder Großmann u. a. auch ein junges Mädchen aus Mecklenburg umgebracht hat. Wie jetzt bekannt wird, handelt es sich um das Dienstmädchen Emma Baumann, das am 12. November 1902 in Kirchhof im Kreise Wismar geboren ist. Die Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei richten sich augenblicklich nach dem Verbleib des Mädchens.

Rostock. Lebensmittelpartenunterfuchungen auf der Rostocker Kreistheke. In zweitägiger Verhandlung beschäftigte sich die Strafkammer mit den Unterfuchungen, die der damalige Angestellte der Rostocker Kreisbehörde, Houert, in seiner amtlichen Stellung sich zuschulden kommen ließ. Er forderte gleich nach Ausgange der Lebensmittelkarten die überzähligen zurück und hat diese dann verkauft. Er will diese Maßnahme, d. h. das Zurückfordern, im Auftrage des Vorstehenden Sundermann getroffen haben. Sundermann hat die von Houert getroffenen Verfügungen unterkempelt, trotzdem er sie nicht durchgesehen hat. Das Gericht verurteilte Houert, der sich auf diese Weise 3155 Brot, 7480 Fett, 1800 Fleisch und 1450 Zuderarten verschafft hat, wegen Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 8 Jahre. Die Mitangeklagten, die eine Anzahl dieser Karten gekauft und sich damit der Fehlerlei schuldig gemacht haben, wurden zu kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Theater und Musik.

Eine „Meisterfänger“-Aufführung im Stadttheater gab Sonntagabend der „Nordischen Woche“ den festlichen Ausklang. Mit der Übergabe der großen Partien waren wieder eine große Zahl bedeutender auswärtiger Künstler betraut worden. Doch zeigte sich diesmal, daß das auch gewissen Nachteil haben kann, denn dem Ganzen fehlte manchmal die nötige innere Geschlossenheit, das harmonische Zusammenwirken aller Kräfte. Das vermochte auch Herr Prof. Lohse-Weipzig, der mit verständnisvoller Liebe das Reigenwerk dirigierte, nicht zu ändern. Kammerfänger Paschke-Dresden war als Sachs bedeutend, doch hätte man seinem Schalk-Parothen gern etwas mehr sonnigen Humor gewünscht. Den Wagner sang Herr Schilkenborg-Hamburg, dessen vortrefflicher Sachs hier noch in bester Erinnerung steht, sehr schön. In Stelle von Robert Hutt hatte Herr Laucher-Dresden den Stolzinger übernommen. Der Künstler ist kein stimmlicher Blinder, aber ein geschmackvoller Sänger, der den jungen Ritter aus Franken sehr sympathisch verkörperte. Ein amnütiges, gefanglich tüchtiges Gdchen war Elisabeth Reithberg-Dresden, eine sehr gute Magdalene Fräulein Fichtmilier-München. Der ausgezeichnete David des Herrn Henke-Berlin, der sich frei von aller Karikatur haltende, darum desto echter wirkende Bestmester des Herrn Habich-Berlin, der in kräftigen Strichen gezeichnete Rothner des Herrn Liszewski-Köln fanden mit im Vordergrund des Interesses. Ihnen schlossen sich in weniger hervorragenden Rollen eine ganze Reihe hiesiger Künstler verdientlich an. Wenig erfreulich waren die Handwerkerföhre auf der Festwoche. Hier reicht übrigens auch ankündend der Fundus nicht mehr ganz zu, wie die etwas unzeitgemäße Beschuhung erheblicher Volkskreise erkennen ließ. Doch von diesem und anderem abgesehen, war die Veranstaltung doch des starken Beifalles wert, den sie bei dem ausverkauften, begeisterten Publikum fand. X

Aus der Partei.

Hermann Mollenbuh 70 Jahre. Das Mitglied des Parteivorstandes Genosse Hermann Mollenbuh vollendete am 11. September seinen 70. Geburtstag. Ueber ein Menschenalter hat der Jubilar in seinen jüngeren Jahren an der Spitze der Hamburg-Altonaer Arbeiterpartei gestanden und für sie gelitten und gekämpft. Ein Proletarierkinds, als Sohn eines Schneiders in Wedel (Hollstein) geboren, lernte er das Proletarierkinds schon früh kennen. Den Hauptteil seines Schulunterrichts mußte er entgegennehmen in der „Abendschule“ für die in Fabriken arbeitenden Kinder“, nachdem er sich tagsüber im Dienste des Kapitalismus müde gearbeitet hatte. Er wurde Zigarrenarbeiter in Ottenen, und trotz der langen Arbeitszeit, die in diesem Bezufe herrschte, und trotz des künftigen Verdienstes, den die Hausmadearbeit ihm gewährte, mußte Hermann Mollenbuh sein Wissen und seine geistige Kultur so zu vervollkommen und so mit die jammervolle Schulbildung, die ihm zuteil geworden war, so zu überwinden, daß ihn nicht nur die Kollegen, mit denen er zusammenarbeitete, nach damaligem Brauch vielfach zu ihrem Vorleser während der Arbeit machten, sondern daß er es z. B. auch zu einer ungewöhnlichen Kenntnis der Literatur brachte. Mollenbuh wurde später wegen seiner hervorragenden Tätigkeit für die Partei auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen und lebte einige Jahre in Kellinghusen. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes, in den Jahren 1891 bis 1894 gehörte Mollenbuh der Redaktion des „Hamburger Echo“ an. 1896 wählte der Parteitag zu Göttingen ihn in den Parteivorstand. Auch in anderen Kreisen wurde Mollenbuh's große Begabung rückhaltlos anerkannt. Viele Jahre war er hochgeachtetes Mitglied im Beirat für Arbeiterkatholik des Reichsanthes des Innern. Seine Kenntnis der Sozialgesetzgebung wurde dort sehr geschätzt. Die Partei hat bis zum heutigen Tag ebenfalls diese seine Kenntnisse und Erfahrungen vielfach verwendet. Ueber Hermann Mollenbuh war auch ein Kämpfer für das sozialistische Proletariat. Unverbrochen ging er auf Agitation und verbreitete aus der Fülle seines Wissen und Erfahrens Aufklärung in den Massen und begeisterte sie zum Kampf. Möge er uns und der Partei noch recht lange erhalten bleiben: Darum: Viel Glück und gute Gesundheit zum 70. Geburtstag und recht lange darüber hinaus!

Gewerkschaften.

Die neue Lohnbewegung im Bergbau. Sonnabend fand im Volkshaus zu Hannover eine Reichskonferenz der an der Lohnbewegung im Stein-, Braunkohle- und Erzbergbau beteiligten freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbände statt mit dem Zweck, über das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen Bescheid zu fassen. Geleitet wurden diese Verhandlungen vom Landtagsabgeordneten Gusemann (Vöckum). An der Konferenz nahmen unter anderem teil: der Reichsamtpräsident Robert Schmidt, ferner der Referent im Reichswirtschaftsministerium Osteroth und der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bus. Das Referat über das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen erstattete August Schmidt (Vöckum). Aus der Versammlung heraus wurde ein Ultimatum zur Debatte gestellt, in welchem die Zahlung der Lohnzulage auf den Grundlohn vom 1. August ab gefordert wird. Sollte bis zum 20. September keine befriedigende Antwort vorliegen, so soll mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln der Kampf aufgenommen werden.

Ueberarbeit in Schmelzen, Schlossereien, Stelmachereien und Sattlereien. Für die handwerksmäßig betriebenen Schmelzen, Schlossereien, Stelmachereien, Tischlereien und Sattlereien, die ausschließlich oder vorwiegend für Zwecke der Landwirtschaft tätig sind und auch für Werkstätten zur Instandsetzung landwirtschaftlicher Maschinen bestehen Ausnahmestimmungen hinsichtlich des Achtstundentages. Für den größten Teil des Jahres ist unter bestimmten Voraussetzungen dauernde Ueberarbeit der beschäftigten Arbeiter zulässig, um etwaige Reparaturen der für die Landwirtschaft benötigten Maschinen, Geräte, Wagen, Gesäthe usw. zu sichern. Die beteiligten Gewerkschaften haben schon wiederholt auf den Mißbrauch dieser Bestimmungen hingewiesen und Abänderung verlangt. Das Kleinhandwerk, das geschworener Feind des Achtstundentages ist, wußte die Ausnahmestimmung geschickt zu nutzen, so daß tatsächlich in vielen Kleinbetrieben, vor allem dort, wo der Einfluß der Gewerkschaften nicht hinreichte, heute lustig 10 Stunden und länger gearbeitet wird. Nach der Verordnung muß die über acht Stunden hinausgehende Arbeitszeit als Ueberstunde bezahlt werden. Sofern Tarifverträge nicht höhere Zuschläge vorsehen, soll mindestens ein Aufschlag von 25 Prozent auf den Stundenlohn erfolgen. Auch dieses geschieht in zahllosen Fällen in den Kleinbetrieben nicht. Die Mißstände sind so erheblich, daß der preussische Handelsminister auf Drängen der Gewerkschaften durch eine neue Verfügung der mißbräuchlichen Ausnutzung der Genehmigungen entgegentritt. Zunächst wird in Erinnerung gebracht, daß die allgemeinen Ausnahmen nur für Orte mit weniger als 10 000 Einwohnern zulässig sind. Weiter muß in jedem Betrieb, der auf Grund dieser Bestimmungen den Achtstundentag überschreitet, ein von der Ortspolizeibehörde getempelter Abdruck der Ausnahmestimmungen aushängen. In Zweifelsfällen hat der zuständige Gewerbeamt über die Anwendbarkeit der Ausnahmegenehmigung auf den einzelnen Betrieb zu entscheiden. Mit diesen Bestimmungen wird an der Tatsache, daß in sehr vielen Betrieben der kleineren Orte der Achtstundentag zum Neunstundentag gemacht wird, nichts geändert. Es steht fest, daß Ueberstunden bewilligt sind, wo keinerlei Notwendigkeit vorliegt, auch in Gewerben, wo noch Arbeitslose genügen zur Verfügung stehen. Die Ortsausschüsse des ADGB, namentlich die in den kleineren Orten, sollten künftig strenger darauf achten, daß in den obgenannten Betrieben die Verordnung durchgeführt wird, vor allem kontrollieren, ob die Ueberstunden auch wirklich als Ueberstunden bezahlt werden. Geschieht dies, so würde den Arbeitern sehr bald der Appetit an der Verlängerung der Arbeitszeit vergehen.

Ein Hausgehilfengeh. In Deutschland herrscht noch in weiten Kreisen die Ansicht, daß eine Hausangestellte im Arbeitsvertrag nicht dieselbe Stellung einnimmt, wie der Arbeiter, oder ein sonstiger Angestellter. Der Zustand der gemilderten Leibeigenschaft, wie er vor dem Krieg noch Gang und Gebe war und wie er jetzt heute noch nicht ganz überwunden ist, hat sich als eine Art Recht eingebürgert. Auch die Neuordnung des gesetzlichen Achtstundentages scheint eine Hausangestellte nicht in den Kreis ihrer Schutzingelänge mit einzubeziehen wollen, was umso bedauerlicher ist, als andere moderne Staaten wie England und selbst in auch Österreich diesen unwürdigen Zustand längst überwunden haben. Das österreichische Hausangestelltegesetz § 2. bietet, wenn es auch nicht gerade musterhaft ist, manchen Punkt, der in Deutschland beachtet zu werden verdient. Es bezieht sich auf Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, um auf diese Weise den ländlichen Distrikten mit ihren anders gearteten Bedürfnissen eine gewisse Bewegungsfreiheit zu gewähren. Zum Schutze des Hausangestellten sieht es als Endtermin für die Entlohnung spätestens den 1. des dem Lohnmonat folgenden Monats vor. Hinsichtlich der Kost heißt es, sie muß gesund und hinreichend und in der Regel derjenigen der erwachsenen, gebundenen Familienmitgliedern gleich sein. Die Unterkunft darf die Gesundheit und Sittlichkeit des Hausgehilfen nicht gefährden. Dem Hausgehilfen ist eine tägliche, ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 9 Stunden zu gewähren, die in der Regel in die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh zu fallen hat. Außerdem muß ihm täglich eine Ruhepause von insgesamt zwei Stunden eingeräumt werden, während der er seine Hauptmahlzeiten einnehmen darf. Hausgehilfen unter 16 Jahren haben sogar eine tägliche Ruhezeit von 11 Stunden zu beanpruchten und eine Zwischenpause von drei Stunden. Unausführbare Arbeiten, die eine erhebliche Verkürzung der Ruhezeit zur Folge haben, müssen besonders entlohnt werden. Jeden zweiten Sonntag steht dem Hausgehilfen eine Freizeit von 8 Stunden, die spätestens um 3 Uhr nachmittags zu beginnen hat. Während der Woche muß ein dienstfreier Nachmittag gewährt werden, der eine Mindestdauer von 4 Stunden haben muß. Besonders geregelt ist der Urlaub. Er staffelt sich bei einem ununterbrochenen einjährigen Dienstverhältnis von einer Woche zu 2 Wochen, bei einem zweijährigen, und 3 Wochen bei einem fünfjährigen Dienstverhältnis. Bei Kündigung sind dem Hausangestellten auf sein Verlangen an zwei Werktagen je 4 Stunden zum Auffuchen einer neuen Stellung ohne Schmälerung des Entgeltes freizugeben. Die Ruhepause wird an diesen Tagen jedoch auf 1 Stunde gekürzt. Wird das Dienstverhältnis nach ununterbrochener 10jähriger Dauer gelöst, so gebührt dem Hausgehilfen ein außerordentliches Entgelt in der Höhe eines Viertels seiner jährlichen Geldbezüge. Dieses außerordentliche Entgelt steigt mit jedem weiteren vollendeten Dienstjahre um 5 Prozent bis zum vollen Betrage dieser Bezüge. Auch für Deutschland ist eine ähnliche Regelung der Stellung der Hausangestellten notwendig.

Die politische Lage und die Musiker. Die neuerlichen, verdammernden Vorgänge in unserer jungen Republik fordern mehr denn je, so schreibt die Deutsche Musiker-Zeitung, auch die deutsche Musikerschaft heraus, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Gerade die Musik ist eins der wichtigsten Hilfsmittel der Reaktion. Auch die Musik versucht man durch schändlichen Mamon in den reaktionären Dienst zu zwingen. Schreit doch überall im Kaffeeklatsch so ein Hafentanzler: „Oberrrr! 100 Mk. für Kapelle! Heil Dir im Siegertranz!“ spielen!“ a tempo erschallen die wunderbaren Klänge der Arbeiter-Internationale! Darob großer Kadav. Kapelle muß heraus! Cimbalm! Doch der Arbeitgeber sinn auf Rache: nicht gegen den oder die Hafentanzler, sondern gegen die „unpolitischen Musikanten“, die sich erlaubt haben, ihrer demokratischen Gesinnung ob der Herausforderung öffentlich Luft zu machen. Wenn von uns ist es nun noch nicht passiert, daß ihm bei Tarifverhandlungen seitens der Arbeitgeber oder deren Syndikat ins Gesicht geschleudert werde: „Warten Sie noch eine kurze Weile, und wir Rechts-Parteien haben das Hoff wieder vollständig in der Hand!“ ober:

„Es werden sehr bald andere Zustände eintreten!“ oder: „Wir haben an der Abänderung des jetzigen tariflosen Zustandes absolut kein Interesse!“ und was der Prozeduren mehr nach sind. Hier ist zunächst einmal Stellung zu nehmen gegen die Anpreisungen von Konzerten unter dem verkappten Titel „ehemaliger Militärmusiker“. Trotzdem unsere Regierung den Beamten (ehemalige Militärmusiker) das gewerkschaftliche Musizieren durch einen Ministerialerlass vom 27. April 1919 unterlagert hat, schließen sich diese unter den Augen der Regierung zu einem Verbands „ehemaliger Militärmusiker“ zusammen zu dem alleinigen Zweck, nun trotz des erlangten Verbotes erst recht gewerkschaftlich zu musizieren und dadurch recht viele Musiker zu erwerbslos zu machen. Neuerdings bedienen sich die Feinde der Republik auch schon der Jugend. „Jugend ein reicher „Mäcen“ (Deutschnationaler?)“ holt sich 35 junge Leute zusammen, kauft Instrumente, Noten, Fahne und sonst noch alles, was zum Aufstellen des Volkes gehört und dann laun's losgehen. Kriegervereine, Schützenvereine usw. bedienen sich zu ihren Festen oftmals der Jugendkapellen oder der ehemaligen Militärmusiker, die dann ihre militärischen und nationalen Weisen erklingen lassen. Für uns Musiker muß es heißen: Krieger- und Schützenvereine gehören unter parteipolitische Veranstaltungen und ist jede Mitwirkung einer Militär-, Beamten- oder Jugendkapelle zu vermeiden. Stellt sich unsere jetzige Regierung nun nicht endlich auf den Standpunkt, daß „militärische Weisen“ nur „Putschweisen“ sind, so muß das gesamte Arbeiterproletariat in enger Geschlossenheit ihr baldigst diesen Standpunkt beibringen. In der letzten Zeit hat alles zu unterzählen, was geeignet ist, die eine Klasse gegen die andere herauszufordern.

Warnung vor Jung nach Belgien. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) verbandte am 28. August ein Rundschreiben, wonach die belgische Gewerkschaftskommission darüber Klage führt, daß in der letzten Zeit viele ausländische Arbeiter nach Brüssel und Antwerpen kommen, um dort Arbeit zu nehmen. Dort herrsche jedoch bereits große Arbeitslosigkeit, so daß die Ausländer bald mittellos daständen, ohne weiterreisen zu können. Die belgischen Gewerkschaften seien nicht in der Lage, die Ausländer zu unterstützen. Der Bundesvorstand knüpft hieran den Hinweis, daß zurzeit in den meisten Ländern große Arbeitslosigkeit herrsche und daß die Arbeiter sich nicht ins Ausland begeben sollen, bevor sie sich Gewissheit verschafft haben, dort auch Arbeit zu finden. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen können sie auch nicht darauf rechnen, daß sie von den zuständigen Gewerkschaften im Ausland Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Aus aller Welt.

Drei Millionen Kronen gestohlen. In einem Berliner Hotel in der Kleinen Behrenstraße hatte ein Kaufmann aus Prag, der hier drei Millionen österreichische Kronen gegen deutsches Geld einwechseln wollte Wohnung genommen. Das Geld bewahrte er in einem Handschuh auf, den er in seinem Zimmer zu stehen hatte. Als er diesen gestern öffnete, war das Geld gestohlen. Der Geschädigte wird sich noch wegen unerlaubter Einfuhr ausländischer Werta vor dem Strafgericht zu verantworten haben. — Für etwa eine halbe Million Bekwaren erbeutete ein Einbrecher in einem Bekwarengeschäft im Westen Berlins.

Großfeuer in Belgard. Ein Schadenfeuer vernichtete in Belgard (Pommern) die Geschäfts- und Lagerräume der Siemens-Schuckertwerke. Der entstandene Schaden beträgt über eine Million.

Hinrichtung eines Doppelmörders. Der Brunnenbauer Max Wolf aus Sanktberg, der vom Rotburger Schwurgericht im Januar wegen Mordes in zwei Fällen zum Tode verurteilt wurde, ist freitags enthauptet worden.

Stempelmarken-Diebstahl. Auf dem Görlitzer Hauptpostamt wurden Stempelmarken-Diebstähle aufgedeckt. Es handelt sich um Marken im Gesamtwerte von 7 887 000 Mk. Die Marken waren in festen Papierumschlägen, die in offenkundigen Schränken am Tage jedem zugänglich waren, aufbewahrt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Erstickt und verhungert. In Elberfeld wurde eine Frau mit ihrem vier Monate alten Kleinkind tot in ihrer Wohnung gefunden. Die Frau, die seit längerer Zeit schwer an Asthma litt, war einem Erstickungsanfall erlegen. Das Kind, das infolgedessen ohne Nahrung blieb, ist durch Hunger elend zugrunde gegangen.

Vom Enkel erwidert. Donnerstag wurde die Frau des Arbeiters Urban in Dresden, während ihr Mann und die Tochter auf Arbeit waren, von ihrem Enkel, dem neunzehnjährigen Fürsorgezögling Johann Urban, ermordet. Der jugendliche Raubmörder räumte dann die Wohnung aus und erbeutete an barem Gelde etwa 2500 Mark und einige Schmucksachen. Der Bursche konnte noch nicht verhaftet werden.

Der Dieb im Wetsaal. Der aus Warschau zugereiste Arbeiter Egnimowicz konnte in Frankfurt keine Wohnung bekommen und übernachtete im Wetsaal der israelitischen Gemeinde. Als er am anderen Morgen wegging, nahm er silberne Leuchter und andere Gerätschaften mit, wofür die Strafkammer auf ein Jahr Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust verurteilte.

Bombenexplosion im Kurhaus. Nach einer Meldung aus Turin wurde in das Kurhaus in Barage, während die Musik spielte und eine große Menge sich im Saal befand, eine Bombe geworfen. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Fünf Frauen und fünf Kinder sind schwer verletzt. Bedeutender Sachschaden ist angerichtet worden. Man glaubt, daß es sich nicht um einen anarchistischen Anschlag, sondern um einen Racheakt gegen den Besitzer des Kurhauses handelt.

Ein Passagierdampfer gestrandet. Der von Brasilien kommende englische Uebersee-Dampfer „Almazona“, mit 1200 Passagieren an Bord, ist an der portugiesischen Küste gestrandet. Ein portugiesischer Kreuzer hat sich zur Hilfeleistung an Ort und Stelle begeben.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.
Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Galmstad, Warberg und Gothenburg, etwa dreizehnmal wöchentlich mit den Dampfern der Holland-Linie „Spanen“, „Westfalen“, „Najaden“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Tarnau“, „Nissan“, „Kallen“ und „Ludwig Kollberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Ludwig Kollberg“ am 12. Sept., Dampfer „Najaden“ am 14. Sept., Dampfer „Spanen“ am 16. Sept. Vertreter: Lübers & Stange, Untertrave 17. Schiffsattler: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch bezw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stadt Stralsund“ etwa 20. September. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Große Altesfahre 6.

II. Nach Süd-Schweden.
Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi- & Aktieförmed „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Neolus“ am 16. Sep-

tember nach Kalmar und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lübers & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Max Fischer“ am 17. September. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck Dr. Altesfahre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.
Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Sjundenfelds-Morske Dampfskiffelskaf“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Gina“ am 14. September, am 23. September ein Extradampfer. Vertreter: Rob. M. Slomann jr., Altesfahre 28.

Stien, Drammen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Sjundenfelds“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora“, ladebereit am 14. September. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Trontheim event. Haugesund, Alesund, Christiansund. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Gerda Kunstmann“ etwa 20. September. Vertreter: Lloyd-Transport-Compagnie, Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.
Helsingfors jeden Sonnabend nachmittag 2 Uhr mit Dampfern der „Kinkla Anfortnäs-Aktieförmed“ in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Poleidon“ am 17. Sept. Anmeldung von Passagieren bei Niehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Beckergrube 89.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Bürgermeister Eschenburg“ am 15. September.

Nach Raumo, Mantsyluoto und Mafa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Fref“ am 17. Sept. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 42.

Helsingfors. Linie Viktor Et. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Alkanta“ am 15. Sept.

Ho. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Alkanta“ am 15. Sept. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Ho, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Anfortnäs Aktieförmed „Dora“ in Ho. Nächste Expedition: Dampfer „Finland“ am 14. September. Dampfer „Holland“ am 17. Sept. Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfahre 21.

V. Nach Lettland und Estland.
Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ ca. 25. Sept. Vertreter: G. D. Vertling, Gr. Altesfahre 28.

Riga und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ ca. 25. Sept. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfahre 21.

VI. Nach deutschen Düstsehäfen.
Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Fehman“. Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Taht & Severin, Schiffeluden 15.

Wisnar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Joven-Linie“, bei Bedarf Extradampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Beckergrube 82.

Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

Sildampferverbindung Lübeck-Magdeburg.

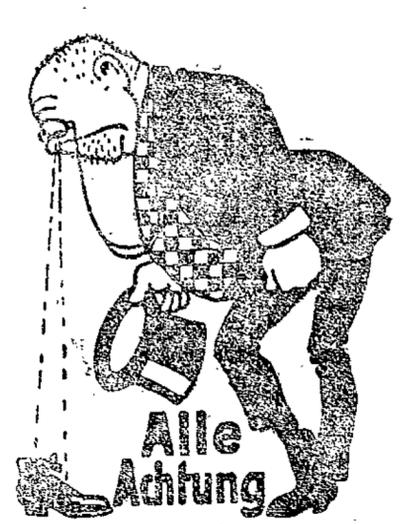
Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburg-Lübecker Sildschiffahrts-Gesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. D. Vertling, Gr. Altesfahre 28.

Nach Lauenburg a. S. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lübers & Stange, Abteilung Sildschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorjachten.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschlag an den täglichen Sildampferverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Steder, Gr. Altesfahre 16.



Alle Achtung
sagt jedermann **Javalin** vor dem mit geputzten hochglänzenden Schuhwerk. Ueberall zu haben. Chem. Fabrik Gebr Meyer Hannover-Ricklingen.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,** Telefon 738. Maitkestraße 1. (6870)

Waltherius Hientong-Essenz
echte extra-stärke (Destillat) 12 Fl. 25 Mk., 30 Fl. 60 Mk., franko. In Apoth., Drog., sonst dir. v. Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Trotha 140

Fortsetzung

unseres grossen
Sonder-Verkaufs in
sämtlichen Abtei-
lungen des Hauses

Wir bieten in dieser Veranstaltung noch
zu sehr billigen Preisen Waren aller Art,

Vor allem beachte man

die überaus vorteilhaften Angebote
unser grossen Spezial-Abteilungen für

- Damen - Kleidung
- Damen - Hüte
- Kleiderstoffe
- Schuhwaren
- Gardinen
- Teppiche
- Haus- u.
Küchen-
Geräte

Holstenhaus

Lübeck

Der unerreichbare Gipfel!

Wilhelm Hagenbecks grösste Raubtierdressurschau der Erde kommt am 14. September nach Lübeck und schlägt auf dem Burgfeld ihre riesige Zeltstadt auf, in der Mitte das grösste Vorstellungszelt, das in Europa existiert! **Hagenbeck kommt** mit einem himmellangen Sonderzuge und über 60 Schaustellungswagen, mit zahlreichen Artisten, Dompteuren und Angestellten, mit Tieren aller Erdteile und Zonen. **Hagenbeck kommt** nicht mit den landesüblichen „Attraktionen“ der kleinen Zirkus- und Menagerieunternehmen, sondern mit wirklich verblüffenden Tricks, Ueberraschungen, Sensationen, mit unerhörten Neuheiten, mit geheimnisvollen, von erfinderischen, tollkühnen Köpfen zusammengestellten, von wagemutigen und eigenartigen Künstlern ausgeführten Schaustücken, die uns die Nerven durchschütteln. **Hagenbeck kommt** mit einzigartigen Löwen-, Tiger- und Bärgruppen, mit gemischten Raubtiernummern, mit seinen weltberühmten Elefanten, alten Veteranen und frisch importierten Elefantenbabys, mit Meisterleistungen moderner Tierdressur, die ohne die Hagenbecks heute noch unmöglich wären! **Hagenbeck kommt** ferner mit seinem Stab der besten Artisten von internationaler Bedeutung, mit seiner unerschöpflichen Programmauswahl von Akrobaten und Equilibristen, Ikarern und Seilänzern, Dressuren, kühnen Dompteuren und Domteusen, von ausgelassenen Clowns, Augusten etc. Mit zwei knappen Worten eben:

Hagenbeck

kommt!

(6328)

Anna Piper
Hans Hasselfeldt
Verlobte. (6376)
Lübeck, September 1921.

Bilanzsicherer Buchhalter
übern. für u. einchl. Ur-
beiten Stundenw. bill. Gefl.
Ang. u. B L a. d. Exp. (6369)

Ein gut erhalt. Perle und
ein Schreibe billig zu verk.
(6384) Johannisstr. 25, part.

Hepfel und Birnen
zu verkaufen. (6377)
J. C. Lüth,
Waldsdorf b. Lübeck.

Regentrocken, Decke b. Gr.-
Mitt gelassen. Geg. Belohn.
ab, Pelzerstr. 25. (6357)

Frauenarzt (6371)
Dr. med. Kröner
zurückgekehrt.

Hafer, Melasse, Mais,
Maisschrot, Buchweizen-
grütze-Abfall, Haferkleie
u. Weizenmehl zu bill. Tagespreis
Ernst Franck,
Bad Schwartau. (6360)

Ziehung 21.-23. Septbr.
Geld-Lotterie
i. d. deutsch. Gewerkschaften
600 000 Lose 25 000 Gewinne
1 Million M.
Hauptgewinn
150 000
100 000
50 000
2x 25 000
Lose zu 6 M. Teilhaber mit
Losezahl 145 u.
überall erhältlich
A. Mölling, Berlin W9,
Lombardstr. 4. (6374)

Hausstandslumpen,
Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten
Tagespreisen (6387)
Cohn,
Friedenstr. 53, Keller.

Hochfeine (6396)
Thüringer Pflaumen
vollreif und süß
Pfund 2.50 Mk.
Verkaufsstellen:
Engelsgrube 51
Kl. Burgstraße 9
Hüterdamm 10.

„Sch war am ganzen Leib mit
Gleichen
behaftet, welche
mich durch das ewige
Judenlag u. Nacht peinigten.
In 14 Tagen hat Zucker's
Patent-Medizinal-Seife das
Uebel beseitigt. Diese Seife
ist Gunderbe wert. Serg. W.“
Dazu Zuckoob-Creme (nicht
fettend u. fetthaltig). In allen
Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich. (6372)

Willy Koch
staatl. geprüft. Dentist
Holtzent. 21, I.
von der Reise zurück. (6375)

Die Abreibung
der Leibesstriche
von Univ.-Professoren
A. Gröfz u. G. Radbruch
Wichtig
für Eheliche, Aerzte
und Hebammen!
Preis M. 2.-

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Gibt Obdach den
Wohnungslosen!
Zwei Vorschläge
zur Gewinnung der Mittel
zum Wohnungsbau
von Rechtsanwalt
Hermann Breher, Lübeck
und
Dr. Ludwig Herpel, Kiel.
Preis 1.50 Mk.

Eine Nachschrift:
75 Prozent Mäßigung zum
Mietspreis sind recht-
ungültig!
Zu haben: (15005)
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46
und allen anderen Buch-
handlungen.

Die neuen
Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Eimerbier
Dienstag von 4-6 Uhr.
(6386) **Hermann Stamer.**

Gimerbier
Dienstag von 3-6 Uhr.
(6385) **Brauerei Wilken.**

Dienstag und Mittwoch:
frische Seefische.
Zecaal, Kengfisch, Schell-
fisch, Fischfarosnade, Heil-
butt, Rotzunge,
lebende Aale billigst.
Joh. Boy,
Marktallenstand 46/47.
(6394) Fernruf 8375.

Rechnungs-
Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei **Fr. Meyer & Co.**

Für das hungernde Rußland!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes ruft zur Sammlung von Gel-
dern für das hungernde Volk Rußlands auf.

Wir fordern unsere Verbandsleute auf,
Sammellisten für diesen Zweck im Gewerkschafts-
sekretariat oder beim Kol. Thies im Gewerkschafts-
haus in Empfang zu nehmen und mit der
Sammlung sofort zu beginnen.

Die gesammelten Gelder sind schnellstens an
obige Stellen wieder abzuliefern, die dasselbe nach
Berlin weiterleiten.

Nur auf Listen des Gewerkschaftsbundes zeich-
net die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft.
Der Allgem. Deutsche Gewerkschaftsbund.
(Ortsausschuß Lübeck).

Arbeitsgemeinschaft für Angestellte (Ma).

Sozialdemokr. Verein.
Bezugnehmend auf obigen Aufruf bitten wir
unsere Mitglieder, nur auf Listen des Allgem.
Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zeichnen.
(6378) **Der Vorstand.**

Morgen früh v. 8-10 Uhr:
Wiederabgabe von
Bratenschmalz Mk. 7.-
Speckschmalz Mk. 10.-
Gefäße mitbringen. (6397)
Norddeutsche Fleischwarenfabrik
Dobbertin & Co., Lübeck. Brodesstraße 2.

Visitenkarten
liefern **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

HANSA- THEATER

Die letzten 4 Vorstellungen
8 Uhr. Täglich: 8 Uhr.

Megolla
außerdem (6391)
das einzigartige
Variete-Programm.

Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester

I.
Volkstümliches Konzert
im
Gewerkschaftshaus

am Dienstag, d. 13. Sept., 7 1/2 Uhr abds.
Leit.: Herr **Kapellmstr. Mannstaedt.**
Eintritt 3.00 Mk., Steuer 0.30 Mk. (6388)

NUR TONHALLE!

BEI KLEINEN PREISEN!



IM KAMPF UM DIAMANTEN- FELDER

Afrikanische Abenteuer-Sensation in 6 Akten.
vom Afrikaforscher **Hans Schomburgk.**

Und das große Programm. (6395)

TONHALLE

Morgen Dienstag: (6390)
Gr. Tanzkränzchen.

Grundelots, Britelots, weiß. Hartelots
sowie **Saunen- und Buchenholz**
alles nur in bester Qualität zu billigstem Tagespreis
ab Lager und frei Haus.
Um Platz zu schaffen
guten Brenntorf
Ztr. 10 Mk. (6388)

J. Mustin, Kohlenhandel
Warendorferstr. 14-22. Fernruf 2740

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Berammlung

der
Kohlenplabarbeiter,
Kutscher
und Eisenarbeiter

am Dienstag, dem 13. September
abends 7 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
Stellungnahme zum Lohnarif.

Die Blagarbeiter der Fa.
Bernhöft u. Witbe sind zu
dieser Berammlung beson-
ders eingeladen. (6389)

Berammlung

der
Kausdiener, Reinmache-
frauen, Fensterputzer und
Austrägerinnen

am Dienstag, dem 13. September
abends 8 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum
Lohnarif.
2. Verschickenes.
Die Ortsverwaltung.

Konzerthaus Lübeck.

Für Sommerfeste sind der
große Garten u. Säle noch an
einigen Son- u. Wochentagen
frei. Tel. 408
(6381) **H. Cyriacks.**

Stadttheater Lübeck.
Dienstag, 18. Sept. 7 Uhr.
Perodes u. Mariamme.
5. Ab.-Vorst. Wuchl. A.
Mittwoch, 14. Sept. 7.00 Uhr.
Die Zauberflöte.
5. Ab.-Vorst. Wuchl. A.
Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfhäufen 17/19. (6279)
Mittwoch, 14. Sept., 7.30
Der lächelnde Knabe.